



„Gestatten, Baden-Württemberg.  
Landesvertretung in Berlin.“

# Berliner Journal

N° 2

Die Vertretung des Landes Baden-Württemberg  
beim Bund im Jahre 2014



Baden-Württemberg  
VERTRETUNG DES LANDES BEIM BUND

# Berliner Journal N°2

**DIE VERTRETUNG DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG  
BEIM BUND IM JAHRE 2014**

## Rück- und Ausblick



Peter Friedrich  
Minister für Bundesrat, Europa und  
internationale Angelegenheiten

Wir haben Ihnen im letzten Jahr mit dem „Berliner Journal“ erstmalig die Aktivitäten der Landesvertretung im Jahr 2013 vorgestellt. Die Reaktionen waren durchweg positiv. Wir möchten Ihnen deshalb auch in diesem Jahr mit einem „Berliner Journal“ einige Ausschnitte unserer Arbeit in der Landesvertretung vorstellen. Wir möchten auf folgenden Seiten denen, die selbst bundes- oder landespolitisch aktiv sind, aber auch politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern, ein Bild von dem verschaffen, was im „weißen Haus Baden-Württemberg“ am Berliner Tiergarten vor sich geht und was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt hat.

### JAHR DES POLITISCHEN WANDELS

In vieler Beziehung war 2014 ein besonderes Jahr. Wie kaum vorher seit der Zeitenwende von 1989 haben internationale Entwicklungen die Bundespolitik mitgeprägt. Insbesondere mit der Krise in der Ukraine und dem Vordringen des „Islamischen Staats“ im Nahen Osten sind Konfliktherde ins geopolitische Umfeld der Bundesrepublik Deutschland gerückt, die ganz erhebliche Auswirkungen auch im Inneren haben. Immer mehr Menschen müssen aus ihren Heimatländern fliehen. Das hat Europa, Bund, Länder bis hin zu Kommunen vor neue und große Herausforderungen gestellt. Die Landesvertretung war in diesem Themenfeld stets in enger Abstimmung mit der Bundesregierung, den Fraktionen im Deutschen Bundestag sowie den Regierungen der Länder, um dazu beizutragen, die vielfältigen Herausforderungen zu meistern. Im Hinblick auf die Ergebnisse der Schweizer Volksabstimmung vom 9. Februar über die Steuerung der Zuwanderung, durch die insbesondere auch die grenznahen Landesteile betroffen sein können, pflegte die Landesvertretung die Verbindungen zur Schweizerischen Botschaft. Auch die Beziehungen zu anderen diplomatischen Vertretungen wurden weiter intensiviert und im Rahmen von Treffen und Veranstaltungen aktiv gestaltet.

Auch innenpolitisch gab es dieses Jahr viel Bewegung. Die sich bei der Bundestagswahl abzeichnenden Veränderungen in der Parteienlandschaft haben sich bei den Landtagswahlen 2014 mit Auswirkungen auch auf den Bundesrat fortgesetzt. Hohe Anforderungen an Koordination und Abstimmung stellt die aktuelle bundespolitische Kräftekonstellation mit der Tatsache, dass die Regierungskoalition im Bundesrat über keine Mehrheit verfügt. Deutlich wurde dies bei den – politisch umstrittenen – Änderungen des Asylrechts, bei denen wir wichtige Verbesserungen für Flüchtlinge in Deutschland durchsetzen konnten. Gerade in solchen Situationen musste die Landesvertretung immer wieder ihre politische Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Neuland hat Baden-Württemberg im Interesse von mehr Transparenz bei den Sitzungen des Bundesrates beschritten. Inzwischen werden die Abstimmungen des Landes auf der Website der Landesvertretung veröffentlicht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren auch in diesem Jahr in weitreichende Gesetzesänderungen involviert. Das Jahr 2014 war hierbei von der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung der von CDU/CSU und SPD gebildeten Bundesregierung geprägt. Hervorzuheben sind insbesondere bedeutsame Gesetzesvorhaben im Bereich der Sozialpolitik, wo die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro sowie Modifizierungen der Regelungen zum Renteneintrittsalter beschlossen wurden. Als prioritäre Maßnahme des Koalitionsvertrags wurden auch die Entlastung von Ländern und Gemeinden bei Bildung und Betreuung sowie die Lockerung des

Kooperationsverbots als erster Schritt für eine nachhaltige Finanzierung der Hochschullandschaft angegangen. In diesen Zusammenhang fällt auch die vollständige Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund ab 2015.

Bei der Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes ging es darum, die Förderung der erneuerbaren Energien kosteneffizienter zu gestalten. Auch dies war eine Regelung mit ganz erheblichen finanziellen Auswirkungen.

Nach der Bundesrats-Präsidentschaft Baden-Württembergs unter Ministerpräsident Kretschmann im vergangenen Jahr prägte 2014 der Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz die Arbeit der Landesvertretung, in deren Räumen die Regierungschefs der Länder mehrfach tagten. Hier wurden unter anderem erste Schritte für eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingeleitet, über die bis zum Auslaufen der bisherigen Regelungen 2019 eine Einigung gefunden werden muss.

#### **IM HAUSE VIEL NEUES**

15 Jahre nach Einweihung des weißen Gebäudes der Landesvertretung war es Zeit für eine Modernisierung. Vor dem Haus wurde unter der Leitung unseres Architekten Dietrich Bangert die Eingangstreppe – selbstverständlich mit Granit aus dem Schwarzwald – neu gestaltet. Im wahrsten Sinne des Wortes stehen Besucher hier auf „heimischem Boden“. Jedem Gast wird auch die Neumöblierung der Veranstaltungsräume ins Auge fallen.

Eine grundlegende Umgestaltung erfolgte im Tiefgeschoss, wo ein großer Raum in Erinnerung an Ferdinand Graf von Zeppelin ausgestattet wurde. Von 1887 bis 1890 war Graf Zeppelin württembergischer Gesandter in Berlin und leitete damit eine der Vorgängereinrichtungen der Landesvertretung. Zugleich ehrt die Landesvertretung damit einen Industriepionier, auf den zahlreiche Unternehmen zurückgehen, die noch heute die Industrielandschaft am Bodensee prägen. Weltweit ungebrochen ist der „Mythos Zeppelin“.

Fortgeführt wurde die Tradition der Landesvertretung als offenem und gastlichem Haus. Hier nur einige wenige Beispiele:

Ein Jubiläum konnte dieses Jahr mit der „Stallwächterparty“, dem großen Sommerfest der Landesvertretung, begangen werden. Seit 1964 ist diese Veranstaltung ein „Muss“ für die Spitzen aus Politik und Diplomatie, Medien und Ministerien, Verbänden und Gesellschaft in der Bundeshauptstadt.

2014 wurden mit dem Ziel einer stärkeren Strukturierung unserer Veranstaltungsangebote zwei neue Reihen begründet: Mit ZEIT MUSIK<sup>BW</sup> will die Landesvertretung ganz Berlin ein Angebot machen. Es geht dabei um aktuelle Musik, um junge Interpreten, um Zeitgenössisches aus Klassik, Jazz und Weltmusik, natürlich in Bezug zu Baden-Württemberg. In dieser Reihe wurden so – als Beitrag auch zum Jubiläumsjahr – die „Württembergischen Sonaten“ von Carl Philipp Emanuel Bach im großen Saal der Landesvertretung aufgeführt.

„Profile Südwest“ ist eine weitere neue Reihe, in deren Rahmen herausragende Persönlichkeiten aus dem Land vorgestellt werden. Der erste Abend in dieser Reihe widmete sich dem in Stuttgart geborenen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der mit dem Auschwitz-Prozess in der jungen Bundesrepublik Geschichte geschrieben hat.

Zu einem Erfolgsmodell hat sich bereits der „Donausalon“ in Zusammenarbeit mit den Botschaften der Donau-Anrainerstaaten entwickelt. Die Veranstaltung dokumentiert

und unterstützt das Engagement des Landes im Rahmen der EU-Donauraumstrategie. Partner des diesjährigen „Salons“ war die Slowakei, nächstes Jahr wird die Botschaft von Rumänien folgen.

Stark ausgebaut wurden Veranstaltungen zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Themen. Neben der schon traditionellen Vorstellung des Jahresgutachtens des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wird nun auch der Monitoring-Bericht zur Umsetzung der Energiewende präsentiert, daneben zahlreiche Symposien und Round-Table-Gespräche zur Energiewende oder den geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Die Landesvertretung ist in der Berliner Republik als Ort, an dem sachorientierte Dialoge geführt werden, bekannt und geschätzt. Hilfreich in diesem Zusammenhang war die Verstärkung der Zusammenarbeit der Landesvertretung mit den anderen Standorten im Geschäftsbereich in Stuttgart und Brüssel.

Verstärkt wurde auch der mediale Auftritt der Landesvertretung durch zahlreiche neue Angebote im Internet und den sozialen Medien. In Vorbereitung ist eine App, mit der den weit über 30.000 Besuchern der Landesvertretung das Gebäude und seine Funktionen erläutert und Kontakte ins Land hergestellt werden.

Im Jahr 2014 hat die Landesvertretung somit in einem spannenden politischen Umfeld Kurs gehalten, viel bewegt und sich innovativ weiterentwickelt.

Gestatten, Ihr Peter Friedrich.

## 2 Rück- und Ausblick

Jahr des politischen Wandels  
Im Hause viel Neues

## 8 Die bundespolitische Bilanz

### 9 **Baden-Württemberg und der Bundesrat**

Grundlagen  
Aufgaben des Bundesrats, Aufgaben der Länder  
Unsere Gesichter im Bundesrat  
Gesetzgebung seit der Bundestagswahl 2013  
Initiativen Baden-Württembergs  
Politische Highlights  
Politische Konstellationen im Bundesrat

## 15 Bundespolitische Schwerpunkte

### 15 **Bund-Länder-Finanzbeziehungen**

#### 16 **Finanzen**

Nationale Steuerpolitik  
Internationale Regelungen gegen Steuerflucht  
Bankenunion  
Bildungsfinanzierung  
Europäische Rechnungsführungsgrundsätze

#### 18 **Wirtschaft**

Internationale Handelsabkommen  
Restriktive Rüstungsexportpolitik

#### 19 **Kultus, Jugend und Sport**

Weiterer Ausbau der Kindertagesbetreuung  
100prozentige BAföG-Finanzierung des Bundes  
Zukunft von „Jugend trainiert für Olympia/Paralympics“ (vorerst) gesichert

#### 20 **Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Wissenschaftspolitische Weichenstellungen  
Kooperationsverbot: Änderung von Art. 91b GG  
BAföG: Erhöhung und strukturelle Verbesserungen

#### 22 **Inneres**

Änderung der Antiterrordatei  
Änderung des Freizügigkeitsgesetzes (EU)  
Eigenständiger Leistungsbereich für Rettungsdienst

#### 23 **Umwelt, Klima und Energiewirtschaft**

Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG)  
Einsetzung der Endlagerkommission  
Bundesratsinitiative Energieeffizienz  
Nationales Hochwasserschutzprogramm beschlossen

#### 24 **Arbeit und Soziales, Familie und Gesundheit**

Guter Lohn für gute Arbeit  
Mehr Leistungen in der Rente  
Bessere Unterstützung in der Pflege  
Flexiblerer Zugang zum ElterngeldPlus

#### 26 **Ländlicher Raum, Verbraucherschutz**

Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)  
Nationalpark Schwarzwald

- 28 **Justiz**  
 Sukzessivadoption durch Lebenspartner  
 Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung  
 Erleichterung der Grundbuchamtsreform in Baden-Württemberg
- 29 **Verkehr und Infrastruktur**  
 Initiative zur Finanzierung des ÖPNV  
 Verlässliche Finanzierung für den Straßenbau
- 31 **Integration**  
 Flüchtlingspolitik  
 Staatsangehörigkeitsrecht  
 Arbeitsmarktintegration
- 33 **Europäische Angelegenheiten**
- 34 **Ständige Vertragskommission**
- 35 **Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz  
 Baden-Württembergs**
- 38 **Das „Haus Baden-Württemberg“ im Jahr 2014**
- 38 **„Gestatten, Baden-Württemberg. Landesvertretung in Berlin.“**  
 Neue Besucherinformation  
 Internet und Facebook  
 Beteiligung an „Berlin leuchtet“  
 Neu: Die Landesvertretungs-App
- 41 **Informationsarbeit – analog und digital**  
 Pressearbeit rund um den Bundesrat  
 Landesvertretung als Ort journalistischer Begegnungen  
 Journalistisches Interesse an der Ministerpräsidentenkonferenz
- 42 **Treffpunkt Baden-Württemberg**  
 Unser Konzept  
 Webbasierte Einladungen
- 44 **Höhepunkte des Veranstaltungsjahres**  
 Ministerpräsidentenkonferenz  
 Podiumsdiskussion mit Ministerpräsident Kretschmann zur ökologischen  
 Transformation der Wirtschaft und Sicherung unseres Wohlstandes  
 „Gestatten, Gastwirtschaftswunder 1964–2014“ – 50 Jahre Stallwächterparty  
 Klausur der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 46 **Politische Fachveranstaltungen**  
 Veranstaltungsreihe „Gestatten: TTIP/CETA.“  
 Wirtschaftsveranstaltungen  
 „Wirtschaftsgespräche am Tiergarten“  
 Veranstaltungsreihe „Machen Sie doch Ihre Mittagspause in Baden-Württemberg“  
 Energiepolitisches Rebriefing zu den Koalitionsverhandlungen  
 Workshop zur EU-Integrationsforschung  
 Tagung „Strafbefreiende Selbstanzeige: Praxisbericht und Reformbedarf“  
 Naturschutzstrategie Baden-Württemberg  
 Sommerakademie  
 Strommarktdesign 2.0  
 PIA: Erfolgsmodell zur Gewinnung von Fachkräften in Kitas  
 Länderkonzept Wertstoffgesetz  
 Konferenz Bund-Länder-Finanzbeziehungen heute und 2020+

52 **Neue Formate**

Zeit musik<sup>BW</sup>

Württembergische Sonaten von C. P. E. Bach – Ana-Marija Markovina, Klavier

Klassik als Auftakt – Tianwa Yang, Violine

„Gestatten, Jazz from Southwest.“ – Jazz Ensemble Baden-Württemberg  
und Trio Bebelaar/Joos/Lenz

Profile Südwest „Fritz Bauer – der widerständige Jurist“

54 **Veranstaltungen – so vielfältig wie das Land**

„Ein brisanter Stoff. Jan Hus auf dem Konstanzer Konzil“ – Ausstellung und  
Podiumsdiskussion

Traditionelles Künstlertreffen

„Im Glanz der Zaren – Die Romanows, Württemberg und Europa.“ –  
Themenabend zur Großen Landesausstellung in Stuttgart

Berlinale – Die Filmwelt zu Gast in der Landesvertretung

„Monnemer Fasnacht“

Karlsruhe und die „Monuments Men“ – Kunstbergung im Zweiten Weltkrieg

Die Revolution 1848/49 zwischen Berlin und Rastatt

Thaddäus Troll zum Hundertsten — Szenen, Texte & Poeme

21. Internationales Trickfilm-Festival Stuttgart 2014

Landsleutetreffen 2014

Hauptstadtjournalisten zu Gast

Fraktionsübergreifendes Spargelesen

Poesie aus den Ländern: „Gestatten, Stolterfoht vs. Thill.“

Jubiläumsausstellung des ZKM

Branchenabend der Popakademie Baden-Württemberg

Nachwuchsolympioniken aus dem Land

Kleinkunstpreisträger aus Baden-Württemberg

Deutsch-französische Ausstellung „Menschen im Krieg. 1914–1918 am Oberrhein.“

Spitzenweine aus Südwest

Wolfgang Schorlau beim Berliner Krimimarathon

Übergabe des Weihnachtsbaums der Stadt Zell am Harmersbach

„Gestatten, Exzellenzen.“ – Ausstellung zur württembergischen Gesandtschaft in Berlin

Felix Hubys autobiographischer Roman

65 **Auf diplomatischem Parkett**

Botschafter-Gespräche

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Partnerschaft mit Burundi

Internationale Veranstaltungen und Besuche

„Donausalon“ – Slowakische Botschaft und Landesvertretung luden gemeinsam ein  
Veranstaltung mit der Indischen Botschaft zu Hermann Gundert

70 **Ein offenes Haus für Alle**

71 **Zimmer mit Aussicht am Tiergarten**

72 **Innenleben**

Zeppelin in der Landesvertretung

„Lebendiges Leitbild“

Miteinander Arbeiten

Berlin – Stuttgart – Brüssel

Ausbildungsbetrieb Landesvertretung

Begehrte Praktika

Üdvözöljük – Herzlich Willkommen

Gesund am Arbeitsplatz

Umweltfreundliche Dienstfahrzeuge

Aus dem Gästebuch

Leserstimmen zum ersten „Berliner Journal“



# Die bundespolitische Bilanz

Die Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD war eine Zäsur im bisherigen politischen Gefüge der Bundesrepublik. Dem zunehmenden Gewicht von SPD und Bündnis90/Die Grünen im Bundesrat (beide Parteien sind an Regierungen beteiligt, die mehr als 35 Stimmen im Bundesrat repräsentieren) stand eine aus CDU/CSU und FDP gebildete Bundesregierung gegenüber. Mit dem Wechsel der SPD auf die Regierungsbank im Bund verflochten sich die bis dato in beiden Institutionen in klare Blöcke gegliederten Parteien – die Teilung schwarz-gelb auf der Regierungsseite einerseits und rot-grün in der Opposition des Bundestages andererseits war aufgebrochen. Das führte und führt zu erhöhtem Abstimmungs- und Koordinationsbedarf. Die in den rot-grünen Länderregierungen zusammenarbeitenden Parteien spielen nun auf Bundesebene als Regierung und Opposition unterschiedliche Rollen.

Von großer politischer Bedeutung im Jahr 2014 war für das Land auch die Ministerpräsidentenkonferenz. In einer Reihe von wichtigen politischen Entscheidungen war sie das Gremium, in dem sich die Länder abstimmten, um einheitlich gegenüber der Bundesregierung aufzutreten und die Interessen der Ländergesamtheit zu vertreten. Baden-Württemberg hatte im Oktober 2013 den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz übernommen und war dadurch in Verhandlungen mit der Bundesregierung und den Abstimmungsprozessen im Länderkreis besonders gefordert. Auch hier machte sich die neue bundespolitische Konstellation deutlich bemerkbar.

Für die grün-rote Regierung ist und bleibt aber unabhängig von den politischen Konstellationen auf Bundesebene für ihr bundespolitisches Handeln nur ein Ziel maßgebend: Das Wohl des Landes Baden-Württemberg.

# Baden-Württemberg und der Bundesrat

## GRUNDLAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein aus 16 Ländern bestehender demokratischer und sozialer Bundesstaat. Die Länder besitzen darin Staatsqualität. Sie haben die Kompetenz zur Gesetzgebung, soweit das Grundgesetz nicht dem Bund die Gesetzgebungskompetenz zuweist. Neben den eigenen Kompetenzen gestalten die Landesregierungen aber auch im Bundesrat die Politik auf Bundesebene mit. Das regelt Artikel 50 des Grundgesetzes. Dort heißt es: „Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.“ Sie tragen somit Verantwortung für ihre eigenen Interessen und den Gesamtstaat im nationalen wie im europäischen Rahmen. Dieses Recht der Länder ist wie die Grundrechte durch die sogenannte „Ewigkeitsklausel“ des Grundgesetzes geschützt. Der Auftrag des Grundgesetzes ist Grundlage der baden-württembergischen Aktivitäten im Bundesrat und die Landesvertretung ist die Basis, von der aus die Landesregierung ihre bundespolitische Rolle wahrnimmt.

### *65 Jahre Grundgesetz*

*Am 23. Mai 2014 würdigte der damals amtierende Bundesratspräsident Stephan Weil das 65-jährige Bestehen des Grundgesetzes, welches am 23. Mai 1949 verkündet und noch am selben Tag in Kraft getreten war: „Der Bundesrat hat als Verfassungsorgan in diesen Jahrzehnten seinen Teil dazu beigetragen, dass unser Land eine solch gute Entwicklung nehmen konnte. Ich bin mir sicher, alle Länder werden auch in Zukunft das ihnen Mögliche tun, um den Verfassungsauftrag weiter zu erfüllen.“*



Das Gebäude des Bundesrates  
© Bundesrat

### AUFGABEN DES BUNDESRATS, AUFGABEN DER LÄNDER

Von besonderem Gewicht ist die Mitwirkung des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren. Kein Bundesgesetz kommt zustande, ohne dass der Bundesrat damit befasst war. Viele Gesetze, die etwa die Finanzen, die Verwaltungshoheit der Länder oder das Grundgesetz betreffen, können nur dann in Kraft treten, wenn der Bundesrat ihnen zustimmt. Es handelt sich dabei um sogenannte Zustimmungsgesetze. Bei den anderen Gesetzen, bei denen die ausdrückliche Zustimmung nicht erforderlich ist, hat der Bundesrat nur ein Einspruchsrecht. Ein solcher Einspruch kann vom Deutschen Bundestag mit den vom Grundgesetz vorgesehenen Mehrheiten mit der Folge zurückgewiesen werden, dass das Gesetz auch gegen den Willen des Bundesrates zustande kommt. Der Bundesrat kann auch selbst die Gesetzesinitiative ergreifen und so eigene Gesetzentwürfe auf den Weg bringen.

Mit dem Zusammenwachsen Europas gewinnt auch die Mitwirkung des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union an Bedeutung. Seine Rechte reichen von einem umfassenden Informationsanspruch über die Möglichkeit, Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren, bis zur Entsendung von Vertretern in den Rat. Weiter wählt der Bundesrat die Hälfte der Verfassungsrichter in Karlsruhe. Gleich ob Gesetzesbeschluss, Verordnung oder EU-Vorlage – Ziel der Arbeit ist es, die baden-württembergischen Interessen bei der Gestaltung der Bundespolitik und der Gesetzgebung einzubringen und der bundespolitischen Verantwortung, die jedes Land hat, gerecht zu werden.

Um das jeweilige Bundesratsplenum vorzubereiten, werden die Gesetzesvorhaben, -beschlüsse, Länderinitiativen wie auch alle sonstigen Vorlagen in der Regel in den sechzehn Fachausschüssen des Bundesrats beraten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung bringen dort die baden-württembergische Position unter Berücksichtigung der fachlichen und politischen Einschätzung der Fachressorts ein. Erfahrung und Sachverstand der Länder fließt so in die Bundespolitik ein. Das endgültige Abstimmungsverhalten wird im Kabinett in Stuttgart festgelegt.

Der Bund darf nicht auf allen Politikfeldern Gesetze erlassen. Das Grundgesetz regelt, ob in einem bestimmten Bereich dem Bund oder den Ländern die Gesetzgebungskompetenz zukommt. Die wichtigsten Politikfelder, die der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder unterliegen, sind das Kommunalrecht, das Bauordnungsrecht, das Polizeirecht sowie die Kulturhoheit. Letztere umfasst das Schul- und Hochschulwesen, die Förderung von Kunst und Wissenschaft sowie die gesetzlichen Regelungen für Presse, Radio und Fernsehen. Teilweise ist jedoch auch in diesen Bereichen eine Abstimmung der Länder untereinander oder zwischen Bund und Ländern notwendig, um beispielsweise die gegenseitige Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen zu gewährleisten. Diese Vereinbarungen zwischen den Ländern oder dem Bund und den Ländern werden in Staatsverträgen festgehalten.



Länderbank im Plenarsaal des Bundesrates  
© Bundesrat, Henning Schacht



Minister Peter Friedrich  
© Bundesrat, Frank Bräuer



Ministerpräsident Winfried Kretschmann  
© Bundesrat, Henning Schacht

## UNSERE GESICHTER IM BUNDESRAT

Im Bundesrat verfügen die Länder über ein abgestuftes Stimmengewicht, das sich an ihrer Einwohnerzahl orientiert. Baden-Württemberg hat als eines der einwohnerstärksten Länder wie Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sechs Stimmen im Bundesrat. Insgesamt haben die Länder 69 Stimmen im Bundesrat. Jedes Land ist durch Mitglieder seiner Landesregierung im Bundesrat vertreten. Daher wird der Bundesrat auch Länderkammer genannt. Die einzelnen Länder können nur geschlossen abstimmen, daher muss sich die Landesregierung vor den Abstimmungen über ihr Stimmverhalten einigen, wie es Artikel 49 Abs. 2 der Landesverfassung vorsieht. Als Bevollmächtigter des Landes beim Bund vertritt Minister Peter Friedrich die Belange Baden-Württembergs. Er ist Stimmführer für das Land im Bundesrat. Zu den Aufgaben des Bevollmächtigten gehört zudem die Vertretung der Interessen Baden-Württembergs im Ständigen Beirat des Bundesrates. Ähnlich wie der Ältestenrat anderer Parlamente ist dieses Gremium beratend für den Präsidenten und das Präsidium tätig. Der Ständige Beirat hat darüber hinaus wichtige Informations- und Koordinationsaufgaben wahrzunehmen und trägt insbesondere dazu bei, die Verbindung zwischen Bundesrat und Bundesregierung aufrecht zu erhalten.

Die große Bedeutung bundespolitischer Themen für Baden-Württemberg wird auch durch eine hohe Präsenz der Angehörigen der Landesregierung in den Sitzungen des Bundesrates deutlich. Ministerpräsident Winfried Kretschmann nimmt regelmäßig an den Bundessratssitzungen teil und auch die Ministerinnen und Minister sind häufig in Berlin präsent, wenn Themen aus ihren Ressorts anstehen.

### „Bundesrat im neuen Design“

Ministerpräsident Kretschmann hatte während seiner Amtszeit als Bundesratspräsident bis Herbst 2013 unter anderem für mehr Transparenz und Bürgernähe in den Gremien des Bundesrates geworben. Dieser Anspruch schlug sich auch nieder auf der neu gestalteten Homepage des Bundesrates. Die vierte Generation der Bundesrats-Website präsentiert sich in ganz neuem Design – große Panoramen, interaktive Grafiken und klare Struktur. Das Online-Angebot wurde grundlegend überarbeitet und bietet nunmehr sowohl einen umfassenderen als auch unkomplizierteren, nutzerfreundlicheren Einblick in die Arbeit des Bundesrats. Im Mittelpunkt der Neuerungen steht die Rubrik „Plenum KOMPAKT“. Sie fasst zahlreiche Angaben zu den Plenarsitzungen des Bundesrates zusammen und erläutert wichtige Tagesordnungspunkte und Beschlüsse. Neu ist auch das Angebot, dass neben dem Livestream auf der Startseite des Bundesrates alle Reden als Videomitschnitte in der neuen Mediathek zum Abruf bereitstehen. Gerade Online-Medien ermöglichen die direkte Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern.

### GESETZGEBUNG SEIT DER BUNDESTAGSWAHL 2013

Nach der Wahl zum Deutschen Bundestag am 22. September 2013 kam es erst Mitte Dezember zur Bildung der neuen Bundesregierung. In der neuen Wahlperiode lief die Bundesgesetzgebung daher insgesamt mit Verzögerung an.

Auch im Jahr 2014 wurde im Rahmen der elf Bundesratssitzungen sowie der vorbereitenden Ausschusssitzungen ein großes Arbeitspensum absolviert – zu 582 Vorlagen hat der Bundesrat Beschlüsse gefasst. Zu diesen Vorlagen zählten 95 Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages, die vom Bundesrat gebilligt worden sind.

#### *„Preview Bundesrat“*

*Die Entscheidungsprozesse der Länder vollziehen sich meist jenseits vom direkten Austausch mit der Fachöffentlichkeit. Um das zu ändern, hat die Landesvertretung Baden-Württemberg das Veranstaltungsformat „Preview Bundesrat“ eingeführt. Minister Friedrich lädt dazu regelmäßig unmittelbar vor den Bundesratssitzungen Vertreter und Vertreterinnen unterschiedlicher Unternehmen und Verbände ein, um über anstehende Entscheidungen im Bundesrat zu informieren und über Positionen des Landes Baden-Württemberg zu diskutieren. Minister Friedrich stellt dabei vor allem die für die Wirtschaft wichtigsten Tagesordnungspunkte vor.*

### INITIATIVEN BADEN-WÜRTTEMBERGS

Baden-Württemberg war im Jahre 2014 Antragsteller/Mitantragsteller von 17 Initiativen im Bundesrat. So brachte Baden-Württemberg zum Beispiel einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Steuerstraftaten im Bankenbereich und einen Entwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes ein, das die Finanzierungsbeteiligung des Bundes für den öffentlichen Nahverkehr der Länder zum Gegenstand hat. Überwiegend handelte es sich bei den Initiativen aber um Entschließungsanträge. So fasste der Bundesrat eine Entschließung mit Forderungen anlässlich der Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA. Weitere Entschließungen befassten sich mit dem Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft, dem Umgang mit beabsichtigten Fracking-Maßnahmen und unter anderem der Finanzierung des Bundesfernstraßenbaus.

### POLITISCHE HIGHLIGHTS

Zu den besonders bedeutenden Gesetzen, die in diesem Jahr zum Abschluss gebracht wurden, zählen z. B. das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie, das Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung und die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

#### *Reform des EEG*

*Nach mehreren Überarbeitungen folgte in diesem Jahr die bisher größte Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Im Mai nahm der Bundesrat zum Entwurf der Bundesregierung Stellung und beschloss Änderungswünsche, die zum Teil in die endgültige Fassung des Gesetzes aufgenommen worden sind. Am 11. Juli 2014 hat die Länderkammer die Reform des EEG gebilligt.*

Schwerpunkte im zweiten Halbjahr 2014 waren vor allem Gesetzesvorschläge und -beschlüsse zum Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik. Der Bundesrat hat in seiner Plenarsitzung am 19. September dem Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer die erforderliche Zustimmung erteilt. Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina gelten daher künftig asylrechtlich als sichere Herkunftsstaaten. Nachdem die Bundesregierung substanzielle Verbesserungen für Asylbewerber wie zum Beispiel die Abschaffung der Residenzpflicht sowie des Sachleistungsprinzips zugesagt hatte, stimmte der Bundesrat mit den Stimmen Baden-Württembergs dem Gesetz zu.

Auch der vom Bundestag Anfang Juli beschlossene Doppelpass für junge Deutsche mit Migrationshintergrund wurde im September vom Bundesrat gebilligt. Baden-Württemberg hatte im Frühjahr 2014 in einem vom Bundesrat angenommenen Gesetzesentwurf die vollständige Aufhebung der Optionsregelung verlangt. Dem ist der Deutsche Bundestag nicht gefolgt. Der gefundene Kompromiss ermöglicht aber der großen Mehrheit von Personen mit ausländischen Eltern die doppelte Staatsangehörigkeit, so dass auch Baden-Württemberg das Gesetz im Bundesrat gebilligt hat.

#### *Auszug aus der Rede von Ministerpräsident Kretschmann zum Gesetz zu den sicheren Herkunftsstaaten:*

*„In den kommenden Monaten, wohl auch Jahren, werden voraussichtlich noch weit mehr Menschen zu uns kommen, die unsere Hilfe benötigen. Das stellt uns alle in den Kommunen, in den Kreisen, in den Ländern und auch im Bund vor große Herausforderungen. Diese humanitäre Verantwortung müssen wir annehmen und der damit verbundenen großen Aufgabe gerecht werden.*

*Dies geht nur in gemeinsamer Anstrengung mit den verschiedenen politischen Ebenen, mit der Zivilgesellschaft, mit den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, den Flüchtlingsorganisationen, aber vor allem auch mit den vielen engagierten Menschen in unserem Land.“*

Schließlich hat die Länderkammer am 28. November der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zugestimmt. Die Zustimmung von Baden-Württemberg als auch der anderen grün mitregierten Länder erfolgte aufgrund der zuvor erklärten Zusagen seitens des Bundes. So hatten die Länder in Verhandlungen mit dem Bund konkrete Verbesserungen für die Flüchtlinge, aber auch Länder und Kommunen durchsetzen können. Neben finanziellen Entlastungen hat der Bund zugesagt, in Zusammenarbeit mit den Ländern eine Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen, die es auch den Flächenländern ermöglicht, eine Gesundheitskarte für Asylsuchende und Flüchtlinge wie schon in Bremen einzuführen.



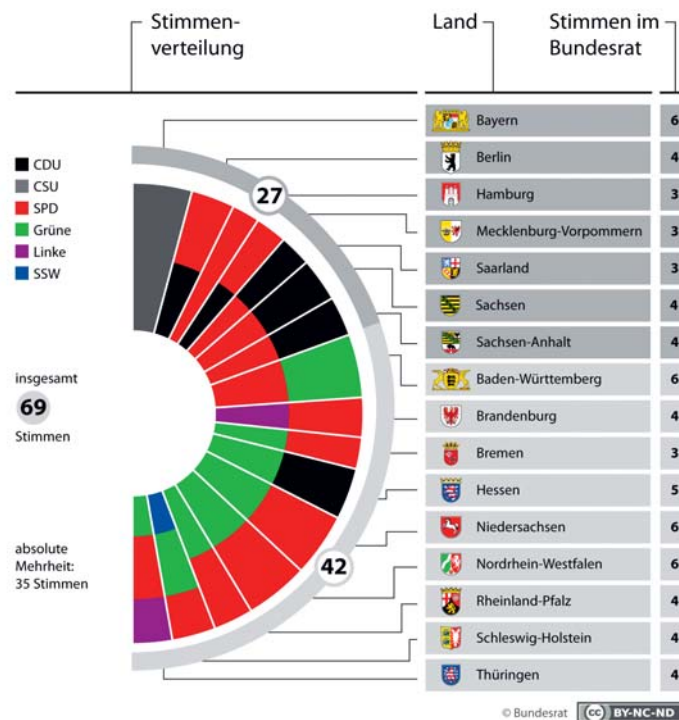


Ministerpräsidenten Horst Seehofer  
und Winfried Kretschmann  
© Bundesrat, Henning Schacht

### POLITISCHE KONSTELLATIONEN IM BUNDESRAT

Die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag und im Bundesrat unterscheiden sich derzeit. Für Beschlüsse im Bundesrat ist mindestens die absolute Mehrheit von 35 Stimmen erforderlich. Der Großen Koalition auf Seiten des Bundes entsprechen im Bundesrat derzeit 27 Stimmen. Für das Zustandekommen von Zustimmungsgesetzen, die der Bundestag beschlossen hat, werden daher Stimmen von Ländern benötigt, an deren Regierungen auch Parteien beteiligt sind, die im Bundestag in der Opposition sind. Insgesamt ist festzustellen, dass die Zusammensetzung der sich im Bundesrat abbildenden Landesregierungen sehr viel bunter geworden ist.

### Die Zusammensetzung des Bundesrates



Trotz der komplexen Mehrheitsverhältnisse von Bundestag und Bundesrat wurden im Jahr 2014 alle Gesetzesbeschlüsse des Bundestages vom Bundesrat gebilligt. Es gab kein einziges Vermittlungsverfahren. Selbst bei den höchst umstrittenen Gesetzesänderungen aus dem Bereich des Asylrechts ist es gelungen, vor der eigentlichen Beschlussfassung Zugeständnisse des Bundes zu erwirken und damit die Voraussetzung für die Zustimmung des Bundesrates herzustellen. Dies belegt einmal mehr, dass die Länder verantwortungsvoll im Bundesrat agieren. Das Ziel der fachlichen und politischen Koordinierung, deren Federführung der Landesvertretung obliegt, ist es, Kompromisse zwischen landes- und bundespolitischen Interessen zu erzielen und nicht eine parteipolitisch bestimmte Blockadepolitik zu betreiben.

## Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Die Landesvertretung begleitet eng die Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Ende 2019 laufen die Bestimmungen des Maßstäbengesetzes, des Finanzausgleichsgesetzes, des Solidarpakts II und weiterer Regelungen bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen aus. Gleichzeitig entfaltet die im Rahmen der Föderalismusreform II vereinbarte und im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ihre volle Wirkung. Vor diesem Hintergrund wurden der Bundesfinanzminister und die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder von der Bundeskanzlerin und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder im Juni 2014 beauftragt, Grundlagen für Vereinbarungen zu Fragen der föderalen Finanzbeziehungen zu erarbeiten. Zunächst konzentrierten sich die Gespräche in einem ersten Paket bis zur Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 15. bis 17. Oktober auf die „vertikalen“ Fragestellungen im Verhältnis Bund-Länder. Im Anschluss daran wurde das zweite Paket zum horizontalen Finanzausgleich unter den Ländern der MPK am 11. Dezember vorgelegt. Die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag haben parallel eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt. Im Rahmen der von der Großen Koalition in ihrem Koalitionsvertrag genannten Finanzkommission sollen dann die eigentlichen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern unter Einbeziehung des Bundestages auf Grundlage der Vorarbeiten der exekutiven Ebene stattfinden. Bis zur Mitte der 18. Legislaturperiode sollen dazu Ergebnisse vorliegen. Baden-Württemberg setzt sich dabei für einen fairen, solidarischen und auch in Zukunft leistungsfähigen Finanzausgleich ein.



# Finanzen

Im Bereich der Finanzpolitik wirkt die Landesvertretung insbesondere bei der Steuergesetzgebung des Bundes sowie bei Gesetzen anderer Ressorts beratend mit. Dabei berücksichtigt sie insbesondere die finanziellen Auswirkungen für das Land und die Kommunen und versucht, bei möglichen Belastungen steuernd entgegen zu wirken. Es kommt diesem Ressort damit eine Rolle zu, die alle Politikfelder umfasst und koordiniert.

## **NATIONALE STEUERPOLITIK**

In der Steuergesetzgebung des Bundes war im Jahr 2014 das Thema Steuergerechtigkeit von großer Bedeutung. Ziel der Steuerpolitik war es, Steuerschlupflöcher zu schließen. So lag in 2014 der Schwerpunkt der Tätigkeit unter anderem bei der konstruktiven Begleitung der Gesetzesvorhaben zur strafbefreienden Selbstanzeige nach den Vorgaben der Jahresfinanzministerkonferenz vom 9. Mai. Die entsprechenden Gesetzentwürfe waren notwendig geworden, nachdem im Jahr 2011 das Steuerabkommen mit der Schweiz gescheitert war. Die Finanzministerinnen und Finanzminister von Bund und Ländern haben sich für eine Beibehaltung des Rechtsinstituts, zugleich aber für eine deutliche Verschärfung seiner Voraussetzungen ausgesprochen. Mit einer Ausnahme – der seitens Baden-Württembergs geforderten Ausdehnung der Strafverfolgungsverjährung auf zehn Jahre in allen Fällen der Steuerhinterziehung – greift der vorliegende Gesetzentwurf alle Forderungen der Jahresfinanzministerkonferenz auf. Unter anderem wurde auch die Berichtigungspflicht des Steuerhinterziehers auf zehn Jahre ausgedehnt und damit eine von Baden-Württemberg bereits seit Anfang 2013 immer wieder reklamierte Lücke geschlossen.

## **INTERNATIONALE REGELUNGEN GEGEN STEUERFLUCHT**

Im Zusammenhang mit der Thematik Steuergerechtigkeit begleitete die Landesvertretung die Gesetzgebungsverfahren zur Wegzugsbesteuerung und zu hybriden Finanzierungen. Daneben war die Finanzpolitik im Land Baden-Württemberg von der Beratung zu den geplanten BEPS-Maßnahmen (Base Erosion and Profit Shifting) geprägt, auf deren Grundlage bis Ende 2015 wirksame, international abgestimmte Regelungen gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen erarbeitet werden sollen. Weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit war die Begleitung des Vorhabens der Bundesregierung, nach dem die Steuerbehörden von fast 50 Staaten ab 2017 wichtige Konto- und Steuerdaten untereinander in einem automatisierten Verfahren austauschen werden.

#### **BANKENUNION**

Ein weiteres Vorhaben, an dem das Land Baden-Württemberg im Bereich der Finanzpolitik mitgewirkt hat, war die Umsetzungsgesetzgebung zur Bankenunion. Das Land hat sich hierbei insbesondere für eine zur Kreditanstalt für Wiederaufbau gleichartige Behandlung der Landesförderbanken eingesetzt, um die Wettbewerbsneutralität der Bankenabgabe zu sichern, insbesondere mit dem Ziel der EU-weiten steuerlichen Gleichbehandlung. Ferner wurde durch die Unterstützung des Landes Baden-Württemberg erreicht, dass Kreditinstitute, beispielsweise Hausbanken, nicht zur Zahlung der Bankenabgabe verpflichtet sind, wenn deren Geschäft in der bloßen Weiterleitung von Fördergeldern besteht.

#### **BILDUNGSFINANZIERUNG**

Ferner wirkte das Land Baden-Württemberg an der im Koalitionsvertrag der Großen Koalition vereinbarten Unterstützung von Ländern und Kommunen bei Betreuung und Bildung mit. Dadurch wurde erreicht, dass der Bund unter anderem die Finanzierung des BAföG vollständig und auf Dauer ab 1. Januar 2015 übernimmt. Das Land beabsichtigt nunmehr, die dadurch frei werdenden Mittel gemäß dem Grundsatz „Vorfahrt für Bildung“ zielgerichtet in Kleinkindbetreuung, Schulen und Hochschulen zu investieren.

#### **EUROPÄISCHE RECHNUNGSFÜHRUNGSGRUNDSÄTZE**

Darüber hinaus beteiligte sich Baden-Württemberg an der Entschließung des Bundesrates zur angestrebten Einführung von europäischen Rechnungsführungsstandards (EPSAS). Dadurch soll das Ziel der EU-Kommission erreicht werden, harmonisierte europäische Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor (IPSAS) auf allen Ebenen der Mitgliedstaaten der EU verbindlich vorzugeben, um einheitliche und verbindliche Standards für das Rechnungswesen in den Ländern festzulegen.

## Wirtschaft

Die wirtschaftspolitische Begleitung der Gesetzgebung des Bundes durch die Landesvertretung ist vor allem gekennzeichnet von der Mitberatung zahlreicher Gesetzesentwürfe anderer Politikbereiche, insbesondere in der Energie- und Sozialpolitik. So lag der wirtschaftspolitische Schwerpunkt der Landesvertretung in 2014 auch bei der Begleitung der EEG-Novelle, der europäischen Diskussion um CO<sup>2</sup>-Emissionszertifikate und der durch die Vorlage des Grünbuchs angestoßenen Diskussion zur Zukunft des Strommarktdesigns und der Versorgungssicherheit. Ebenso im Fokus war eine konstruktive wirtschaftspolitische Begleitung der Gesetzgebung zur Einführung eines allgemeinen Mindestlohns von 8,50 Euro, der sog. Mütterrente sowie der Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren.

### **INTERNATIONALE HANDELSABKOMMEN**

Von besonderer Bedeutung waren außerdem die immer stärker im Fokus der öffentlichen Debatte stehenden Verhandlungen der Europäischen Union über Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), den USA (TTIP) und dem plurilateralen Abkommen über Dienstleistungen (TiSA). Schwerpunkt der Arbeit war die umfassende Informationsbeschaffung, um im Rahmen des Ratifikationsprozesses im Bundesrat eine informierte Entscheidung treffen zu können und die für das Land wichtigen Punkte in den Verhandlungsprozess einzubringen.

### **RESTRIKTIVE RÜSTUNGSEXPORTPOLITIK**

Baden-Württemberg ist als Standort von Rüstungsgüter herstellenden Unternehmen von der Durchsetzung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik betroffen. Den Grundsatz teilend, dass Rüstungsexporte kein Mittel der Wirtschaftspolitik sind, setzt sich Baden-Württemberg dafür ein, die Auswirkungen auf Unternehmen und Beschäftigte so sozial verträglich wie möglich zu gestalten. Dies gilt sinngemäß für die Auswirkungen der internationalen und europäischen Sanktionen gegen die Russische Föderation anlässlich des Ukraine-Konflikts, von denen die exportorientierte Wirtschaft des Landes ganz besonders betroffen ist.

## Kultus, Jugend und Sport

Die Landesregierung hat wichtige Schritte eingeleitet, damit der Bildungserfolg eines Kindes in Baden-Württemberg nicht mehr so stark von seiner Herkunft abhängt. Ein „Meilenstein“ im Jahr 2014 war die Verankerung der Ganztagsgrundschulen sowie der Förderschul-Grundstufen im Schulgesetz und die Verständigung mit den Kommunen über die Finanzierung.

Doch das Bildungssystem steht weiter vor großen Herausforderungen, z. B. bei der Kindertagesbetreuung und der Inklusion. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel können die Länder nicht alleine aufbringen. Die Landesregierung setzt sich deshalb unter Wahrung der föderalen Kompetenzordnung auch weiterhin für die Zusammenarbeit aller Beteiligten und für ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes ein. Der Bundesrat hat mit Unterstützung Baden-Württembergs entsprechende Beschlüsse gefasst. Ein wesentlicher Baustein in diesem Zusammenhang ist, dass die Große Koalition im Bund die Länder um 6 Milliarden Euro entlasten wird.

### **WEITERER AUSBAU DER KINDERTAGESBETREUUNG**

Zu diesem „6-Milliarden-Euro-Paket“ gehört ein Gesetz, mit dem der Bund seine Investitionsmittel für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren um 550 Millionen Euro aufstockt. Damit können 30.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Zudem erhalten die Länder für die Finanzierung der Betriebskosten der U3-Betreuungsplätze in den Jahren 2017 und 2018 einen höheren Umsatzsteueranteil in Höhe von jeweils 100 Millionen Euro. Damit werden die Anstrengungen des Landes beim Ausbau der Kindertagesbetreuung („Pakt für Familien“) mit Bundesmitteln flankiert.

### **100 PROZENTIGE BAFÖG-FINANZIERUNG DES BUNDES**

Ferner sieht die Einigung zu dem 6-Milliarden-Euro-Paket vor, dass der Bund ab 1. Januar 2015 die Bafög-Kosten zu 100 Prozent übernimmt. Das Land wird dadurch pro Jahr um ca. 120 Millionen Euro entlastet. Die Hälfte davon, also 60 Millionen Euro, werden zielgerichtet in die schulische Bildung investiert.

### **ZUKUNFT VON „JUGEND TRAINIERT FÜR OLYMPIA/PARALYMPICS“ (VORERST) GESICHERT**

Das Bundesinnenministerium beabsichtigte, seine Mittel für die Bundesfinalwettkämpfe der Schulsportwettbewerbe „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ zu streichen. Baden-Württemberg hat gemeinsam mit anderen Ländern erfolgreich gegen diese Pläne gekämpft: Der Bund finanziert die Bundesfinals in 2014 und 2015 nun doch weiter. In einer Rede im Bundesrat machte Kultus- und Sportminister Andreas Stoch MdL deutlich, dass „Jugend trainiert“ eine wichtige Brücke zwischen Schulsport und Spitzensport ist.

## Wissenschaft, Forschung und Kunst

Die Landesregierung tritt dafür ein, die Hochschul- und Forschungslandschaft, die in ihrer Breite, Vielfalt und Qualität weltweit Anerkennung genießt, zu stärken und notwendige Freiräume zu schaffen. Wissenschaft, Forschung und Bildung sind das Fundament der Zukunft unseres Landes. Die Landesregierung setzt auf starke und handlungsfähige Wissenschaftseinrichtungen, die Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft übernehmen. Daneben sind Kunst und Kultur ebenfalls wichtige Orte der Freiheit, der Reflexion und der Erneuerung, die es zu erhalten und zu stärken gilt.

### WISSENSCHAFTSPOLITISCHE WEICHENSTELLUNGEN

Das Jahr 2014 war auf dem Feld der Wissenschaftspolitik geprägt von bundespolitischen Weichenstellungen auf der einen und weitreichenden Entscheidungen der Landesregierung auf der anderen Seite. So kulminierten unter anderem jahrelange fachpolitische Debatten auf Bundesebene in den Gesetzgebungsverfahren zur Reform des Artikels 91 b Grundgesetz und zu der weitgehenden Übernahme der BAföG-Finanzierung durch den Bund.

Parallel hierzu wurden die Rahmenbedingungen auf Landesebene neu gestaltet, unter anderem durch das Inkrafttreten eines neuen Landeshochschulgesetzes und eines neuen Hochschulfinanzungsvertrages, der von 2015 bis 2020 die Grundfinanzierung der Hochschulen um jährlich 3 Prozent anheben wird. Das bedeutet rund 2,2 Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln über die Laufzeit des Vertrags. Baden-Württemberg setzt als erstes Land mit der neuen Finanzierung die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Erhöhung der Grundfinanzierung um, was in der Bundeshauptstadt neben anderen Maßnahmen des Landes viel Beachtung gefunden hat.

Weitere Weichenstellungen in der Wissenschaftspolitik wurden im Rahmen von Beratungen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) gestellt. Die GWK beschloss eine Fortführung des Hochschulpaktes inklusive der sog. Programmpauschale, des Paktes für Forschung und Innovation und der Exzellenzinitiative. Die Beschlüsse reflektieren die jeweiligen Interessen des Landes und seiner Wissenschafts- und Forschungslandschaft, denen sie zugutekommen. Ebenso wie es bei vielen weiteren Gesetzgebungsverfahren des Bundes im Laufe des Jahres der Fall war, hat das Land sich z. B. erfolgreich für die Berücksichtigung der Interessen der Dualen Hochschule Baden-Württemberg im Gesetzgebungsverfahren zum Mindestlohngesetz eingesetzt und die Debatte für Verbesserungen bei der Finanzierung der Uniklinika mitgestaltet.

#### **KOOPERATIONSVERBOT: ÄNDERUNG VON ART. 91B GG**

Die am 19. Dezember im Bundesrat einstimmig verabschiedete Grundgesetzänderung im Wissenschaftsbereich ermöglicht in neuer Form Kooperationen zwischen Ländern und Bund bei Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie deren Verstärkung. Sie ermöglicht die Weiterentwicklung des deutschen Forschungs- und Wissenschafts-systems. Die Grundgesetzänderung ist aus Sicht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst ein richtiger Schritt für eine nachhaltige Finanzierung der Hochschullandschaft – neben der verbesserten Hochschulfinanzierung durch das Land in Form des Hochschulfinanzungsvertrages bis 2020. Die Änderung ist notwendig für die Beendigung von verfassungsbegrenzten Kurzprogrammen, die eine langfristige Planung der Hochschulen des Landes ebenso verhindert haben wie verlässliche Karriere- wege für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

#### **BAFÖG: ERHÖHUNG UND STRUKTURELLE VERBESSERUNGEN**

Die BAföG-Kosten werden nach dem 1. Januar 2015 bis auf die Verwaltungskosten vom Bund übernommen. Hierdurch kann das Land pro Jahr ca. 120 Mio. Euro im Bereich seiner Kernkompetenzen in Hochschulen und Schulen investieren, was vom Land begrüßt wird. Gleichzeitig ist in dem Gesetz u.a. eine Anpassung der Bedarfs- sätze und Einkommensfreibeträge ab dem Wintersemester 2016/17 sowie die Weiter- entwicklung des BAföG enthalten. Aus Sicht des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst sind die Änderungen erste Schritte in die richtige Richtung und werden begrüßt, wenn auch bisher Kritikpunkte, wie eine zu späte Umsetzung zum Wintersemester 2016/17, bestehen bleiben.

## Inneres

Sicherheit und Teilhabe sind das Fundament einer freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaft. Der Gewährleistung dieser Grundwerte vor dem Hintergrund aktueller internationaler Krisen, wachsender Flüchtlingsströme und der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus gerecht zu werden, ist und bleibt ein zentrales Anliegen der Innenpolitik. Dazu hat sich das Land auch auf Bundesebene engagiert und verschiedene Maßnahmen beschlossen.

### **ÄNDERUNG DER ANTITERRORDATEI**

Das Bundesverfassungsgericht hat am 24. April 2013 entschieden, dass die Errichtung einer Antiterrordatei als Verbunddatei verschiedener Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus in ihren Grundstrukturen mit der Verfassung vereinbar ist. Das Gericht hat jedoch hinsichtlich des konkret zugrunde liegenden Antiterrordateigesetzes Anpassungsbedarf gesehen, unter anderem an den zu speichernden Datenarten. Diese Vorgaben wurden dieses Jahr auf Bundesebene aufgegriffen und in Form eines Änderungsgesetzes umgesetzt. Das im November 2014 verabschiedete Gesetz greift außerdem Verbesserungsvorschläge aus der gesetzlich vorgesehenen Evaluierung der Antiterrordatei auf. Eine weitere Folgeänderung betrifft das Aufenthaltsgesetz zum Abgleich von Visumsantragsdaten mit der Antiterrordatei bei Anhaltspunkten der Terrorismusunterstützung. Neben den vom Bundesverfassungsgericht beanstandeten Vorschriften im Antiterrordateigesetz wurden mit der Novelle auch die entsprechenden Vorschriften im Rechtsextremismus-Datei-Gesetz geändert.

### **ÄNDERUNG DES FREIZÜGIGKEITSGESETZES (EU)**

Der Bundesrat hat am 28. November beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 6. November verabschiedeten Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes (EU) zuzustimmen. Ziel des Gesetzes ist es, den Missbrauch des europäischen Freizügigkeitsrechts einzudämmen. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sowie missbräuchliche Inanspruchnahme von Kindergeld sollen verhindert und konsequent geahndet werden. Zugleich werden die Kommunen wegen der besonderen Herausforderungen, die sich aus dem verstärkten Zuzug aus anderen EU-Mitgliedstaaten ergeben, mit dem Gesetz um 25 Mio. Euro weiter entlastet.

### **EIGENSTÄNDIGER LEISTUNGSBEREICH FÜR RETTUNGSDIENST**

Schließlich hat Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Land Hessen erfolgreich einen Antrag zum Rettungsdienst in den Bundesrat eingebracht, der im März 2014 von der Länderkammer verabschiedet wurde. Wesentlicher Inhalt des Gesetzentwurfs ist die Herausnahme des Rettungsdienstes (Notfallrettung, qualifizierter Krankentransport) aus dem Leistungsbereich „Fahrtkosten“ und seine Regelung als eigenständiger Leistungsbereich im Fünften Buch des Sozialgesetzbuchs. Damit sollen Abrechnungsmissbrauch verhindert, mehr Transparenz und Trennschärfe geschaffen und fachliche und wirtschaftliche Synergien ermöglicht werden. Zudem wird die Möglichkeit der landesrechtlichen Einbeziehung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in das System der Rettungsleitstellen eröffnet. Der Bundestag hat bislang nicht über den Antrag entschieden. Die Bundesregierung hat den Vorschlag des Bundesrates in ihrer Stellungnahme abgelehnt.

# Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

## **NOVELLE DES ERNEUERBAREN-ENERGIEN-GESETZES (EEG)**

Mittlerweile stammen annähernd 25 Prozent des verbrauchten Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung hat sich deswegen zur Aufgabe gesetzt, die bestehenden Fördermechanismen an die zunehmende Bedeutung regenerativer Energiequellen anzupassen. Baden-Württemberg hat dieses im Koalitionsvertrag der Großen Koalition festgelegte Ziel bei der Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) unterstützt. Dabei stand für das Land die Gewährleistung einer sicheren, aber dennoch bezahlbaren Versorgung im Vordergrund. Hierzu wurden konkrete Änderungsanträge in die Diskussion eingebracht, die insbesondere das Ziel verfolgten, die für Baden-Württemberg bedeutsame Windenergie an Land auch zukünftig angemessen zu fördern. Mit Blick auf die eigenen Landesziele zeigten sich die politischen Vertreter des Landes bei den Ausbauzielen von erneuerbaren Energien ehrgeizig, da hier weiterhin für das Land ein aus vergangenen Zeiten entstandener Nachholbedarf besteht.

## **EINSETZUNG DER ENDLAGERKOMMISSION**

Ein Schritt von historischer Bedeutung für Deutschland und Baden-Württemberg war die Einsetzung der „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ im Jahr 2014. Nach dem Standortauswahlgesetz ist die Einsetzung der Kommission der erste Schritt zu einer Koordinierung der Endlagerfrage. Dabei ist besonders das Engagement Baden-Württembergs unter der Federführung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann hervorzuheben. Es ist der Initiative des Ministerpräsidenten zu verdanken, dass die bisher festgefahrene Diskussion durch den Vorschlag für eine ergebnisoffene Standortsuche neu belebt und transparent gestaltet wurde. Ziel ist es nun, ein sicheres Endlager für den angefallenen Atommüll aus den Kernkraftwerken zu finden.

## **BUNDESRATSINITIATIVE ENERGIEEFFIZIENZ**

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien ist die Energieeffizienz die wichtigste Säule der Energiewende. Hierzu hat die Landesregierung einen Beschluss für eine eigenständige Bundesratsinitiative gefasst, die die Bedeutung der Thematik unterstreicht. Dabei stehen die Ziele einer Erhöhung der energetischen Sanierungsquote im Gebäudebestand, die Senkung des Wärmebedarfs im Gebäudebestand, die Reduzierung des Primärenergieverbrauchs sowie der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung im Vordergrund. Mit der Initiative stärkte Baden-Württemberg im Jahr 2014 seine Vorreiterrolle als Gestalter der Energiewende und gab Impulse für einen bundesweiten Dialog.

## **NATIONALES HOCHWASSERSCHUTZPROGRAMM BESCHLOSSEN**

Nicht nur Baden-Württemberg wurde in den vergangenen Jahren von durch Hochwasser überfluteten Straßen und Kellern geplagt. Dies hat der Landesregierung gezeigt, wie wichtig ein nationales Hochwasserschutzprogramm ist, welches schnell und unbürokratisch Hilfe verspricht und die notwendigen Präventionsmaßnahmen finanziell absichert. Diesbezüglich haben sich die Länder im Jahr 2014 zusammen mit der Bundesregierung auf ein einheitliches Schutzprogramm geeinigt, welches 102 Hochwasserschutzmaßnahmen an Elbe, Donau, Oder, Rhein und Weser umfasst.



## Arbeit und Soziales, Familie und Gesundheit

Bundespolitisch wurde das Jahr 2014 durch zahlreiche Neureglungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geprägt. Baden-Württemberg hat die Reformen gemeinsam mit anderen Ländern in Form zahlreicher Initiativen politisch im Bundesrat begleitet. Die Landesregierung hat sich dabei unter anderem für einen flächendeckenden Mindestlohn, für gute Gesundheitsversorgung und bessere Bedingungen in der Pflege sowie für die Anerkennung der Lebenswirklichkeiten der Menschen bei Kinderbetreuung und Familiengestaltung eingesetzt.

### **GUTER LOHN FÜR GUTE ARBEIT**

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik stand die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes im Fokus, die mit dem Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie beschlossen wurde. Schon in den vergangenen Jahren hatte sich Baden-Württemberg vehement dafür eingesetzt, dass Menschen, die arbeiten, von ihrem Lohn auch leben können. Dumpinglöhne schaden dem Wettbewerb und belasten die Sozialkassen. Mit dem Gesetz erhalten nun ab dem 1. Januar 2015 alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. In einer Übergangszeit bis Ende 2017 sind vorübergehend tarifvertragliche Abweichungen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes möglich. Danach gilt der Mindestlohn für alle Branchen.

### **MEHR LEISTUNGEN IN DER RENTE**

Intensiv begleitet wurden zudem die parlamentarischen Beratungen zur Einführung einer abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren sowie eine Ausweitung der Mütterrente. Versicherte, die besonders lange gearbeitet und 45 Jahre oder länger Pflichtbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, können künftig zwei Jahre vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter abschlagsfrei in Rente gehen. Zudem bekommen Mütter, die vor 1992 Kinder bekommen und erzogen haben, zwei Jahre Erziehungszeit pro Kind angerechnet. Damit erhöht sich in den westdeutschen Bundesländern ihre monatliche Rente um bis zu 28,14 Euro pro Kind. Des Weiteren erhalten Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen oder wegen eines Unfalls nicht mehr erwerbstätig sein können, künftig eine höhere Erwerbsminderungsrente. Aus baden-württembergischer Sicht ist es besonders erfreulich, dass es im Rahmen des Rentenpaktes gelungen ist, das Reha-Budget an die demografische Entwicklung anzupassen. Rückwirkend zum 1. Januar 2014 wird das jährliche Reha-Budget um rund 100 Millionen Euro erhöht. Diese zusätzliche Erhöhung steigt auf bis zu 233 Millionen Euro im Jahr 2017. Damit wird eine langjährige Forderung Baden-Württembergs erfüllt.

#### **BESSERE UNTERSTÜTZUNG IN DER PFLEGE**

Auch in Baden-Württemberg gibt es immer mehr ältere und pflegebedürftige Menschen. Die Neureglungen im Pflegebereich wurden von der Landesregierung begrüßt. Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz wurden die häusliche Pflege gestärkt und die Betreuung in den Pflegeheimen verbessert. Im Rahmen des Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wird bei einer akut auftretenden Pflegesituation für zehn Tage eine Lohnersatzleistung in Form eines Pflegeunterstützungsgeldes gezahlt. Zudem haben Angehörige künftig einen Rechtsanspruch gegenüber ihrem Arbeitgeber auf eine teilweise Freistellung. Der Begriff der Familienangehörigen wurde den Lebenswirklichkeiten der Menschen angepasst und entsprechend erweitert.

#### **FLEXIBLERER ZUGANG ZUM ELTERNGELDPLUS**

Auch bei der Neureglung zur Kinderbetreuung war das Anliegen, sich stärker an den Ansprüchen der Familien zu orientieren. Durch das ElterngeldPlus können Mütter und Väter schon während des Elterngeldbezugs wieder in Teilzeit arbeiten. Sie haben dann die Möglichkeit, länger als bisher diese Leistung in Anspruch zu nehmen und so das volle Elterngeldbudget zu nutzen. Außerdem erhalten Eltern mehr Flexibilität bei der Elternzeit. Bisher konnte mit Zustimmung des Arbeitgebers ein Jahr der Elternzeit auf den Zeitraum zwischen dem dritten und dem achten Geburtstag eines Kindes übertragen werden. Durch die Neuregelung können bis zu zwei Jahre auf diesen Zeitraum übertragen werden.

## Ländlicher Raum, Verbraucherschutz

Eine große Stärke und ein Markenzeichen Baden-Württembergs ist sein Ländlicher Raum, der für Baden-Württemberg nicht nur von prägender, sondern auch von wirtschaftlich und gesellschaftlich herausragender Bedeutung ist. Um die ländlichen Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum attraktiv zu halten, hat die Landesregierung die Strukturpolitik in Baden-Württemberg neu ausgerichtet. Dabei setzt sie auf regionale, auf die Gegebenheiten vor Ort angepasste Strategien und Lösungen. Im Mittelpunkt stehen daher die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Denn sie kennen die verfügbaren Ressourcen und Potenziale am besten. Gemeinsam kann so ein ökonomisch starker und ökologisch moderner Ländlicher Raum erreicht werden.

### **UMSETZUNG DER REFORM DER GEMEINSAMEN AGRARPOLITIK (GAP)**

Die Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Förderperiode 2014 bis 2020 ist für den Ländlichen Raum in Baden-Württemberg von hoher Bedeutung. Die „neue GAP“ zeichnet sich insbesondere durch das sogenannte Greening und eine finanzielle Besserstellung der kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe („Direktzahlungen“, sog. „erste Säule“ der GAP) sowie durch die höheren ökologischen Anforderungen einschließlich der Stärkung des Tierwohls (sog. „zweite Säule“ der GAP) aus. Erstmals wird das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ in der Agrarförderung verankert. Das Greening ist damit ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz der Agrarförderung. Baden-Württemberg hat sich im Zuge der Ausgestaltung der GAP-Reform mit Nachdruck für eine Erhöhung der Betriebsprämien für die ersten 46 Hektare eines landwirtschaftlichen Betriebes eingesetzt, wie sie von der Agrarministerkonferenz (AMK) im November 2013 in München beschlossen wurde. Davon profitieren in Baden-Württemberg über 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe. Durch Umschichtung von 4,5 Prozent der Direktzahlungen aus der ersten Säule in die zweite Säule, ebenfalls ein Beschluss der Agrarministerkonferenz, konnte der Anteil der EU-Mittel im Rahmen des Maßnahmen- und Entwicklungsplans Ländlicher Raum Baden-Württemberg 2014–2020 (MEPL III) deutlich erhöht werden. Zentrale Bedeutung im MEPL III hat das neue „Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl“ (FAKT), das als Nachfolgeprogramm von MEKA zusammen mit der finanziell gestärkten Landschaftspflegeleitlinie die ökologische und tierwohlbezogene Wirksamkeit des MEPL III deutlich erhöht.

### **NATIONALPARK SCHWARZWALD**

Mit der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt hatte sich Deutschland bereits 2007 verpflichtet, konkrete Maßnahmen zum Erhalt der Arten und Lebensräume zu ergreifen. Im Rahmen dieser Strategie hat es sich unter anderem bereit erklärt, bis 2020 auf 2 Prozent der Bundesfläche Wildnisgebiete einzurichten und auf 5 Prozent der Waldfläche Deutschlands wieder ungestörte, natürliche Waldentwicklung zuzulassen. Die Landesregierung hat sich dementsprechend vorgenommen, von sich aus einen signifikanten Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt zu leisten und dadurch mitzuhelfen, dass Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen kann. Ein Beitrag der Landesregierung zum Erhalt biologischer Vielfalt ist die Errichtung des Nationalparks Schwarzwald. Der Landtag von Baden-Württemberg hat das Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald am 28. November 2013 beschlossen. Der Entscheidung, einen Nationalpark einzurichten, und dem eigentlichen Gesetzgebungsverfahren ging ein umfangreicher Beteiligungs- und Entscheidungsprozess voraus. Die möglichen Auswirkungen – die Chancen und Risiken – eines Nationalparks im Nordschwarzwald wurden dabei in einem unabhängigen Gutachten untersucht. Eine breite und intensive Bürgerbeteiligung begleitete den Entscheidungsprozess, auf ca. 10.000 ha Staatswaldflächen im Nordschwarzwald einen Nationalpark einzurichten. Der Nationalpark Schwarzwald als weiteres Großschutzgebiet im Land ergänzt die bisherigen Anstrengungen des Landes Baden-Württemberg zur Sicherung der biologischen Vielfalt und zur Umsetzung der Nationalen Strategie in exzellenter Weise. Er bildet die Grundlage für den Schutz und die dauerhafte Erhaltung vieler Tier- und Pflanzenarten – vornehmlich solcher, die auf ungestörte, natürliche Lebensräume und die darin ablaufenden biologischen Prozesse angewiesen sind.

## Justiz

Der Rechtsstaat muss den gesellschaftlichen Wandel durch eine stetige Überprüfung seiner Normen begleiten. Baden-Württemberg hat daher unter anderem die Möglichkeit der Sukzessivadoption durch Lebenspartner vorangetrieben. Aufgrund internationaler Vorgaben war es erforderlich, den Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung neu zu regeln. Schließlich ist es gelungen, durch ein von Baden-Württemberg initiiertes Gesetz die Umsetzung der Grundbuchamtsreform im Land zu erleichtern.

### **SUKZESSIVADOPTION DURCH LEBENSPARTNER**

Das Bundesverfassungsgericht hat am 19. Februar 2013 entschieden, dass das Verbot der Sukzessivadoption durch Lebenspartner, d. h. das Verbot der Annahme eines bereits adoptierten Kindes durch den Lebenspartner des zunächst Annehmenden, nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Dem Gesetzgeber wurde aufgegeben, die Rechtslage zu ändern. Daraufhin haben Bundestag und Bundesrat ein Gesetz verabschiedet, das vorsieht, dass ein adoptiertes Kind nunmehr vom Lebenspartner des zunächst Annehmenden adoptiert werden darf. Dazu wurden die betroffenen Vorschriften des materiellen Adoptionsrechts und des Verfahrensrechts angepasst.

### **STRAFTATBESTAND DER ABGEORDNETENBESTECHUNG**

Bereits 2003 unterzeichnete Deutschland die UN-Konvention gegen Korruption. Bislang wurde es jedoch versäumt, die Rechtslage in Deutschland so zu ändern, dass die Konvention auch umgesetzt werden kann. Dies wurde nun nachgeholt. Nachdem bislang in Deutschland nur der Kauf bzw. Verkauf der Abgeordnetenstimme bei Wahlen und Abstimmungen verboten war, sollen nunmehr darüber hinaus strafwürdige Manipulationen bei der Wahrnehmung des Mandats geahndet werden können. Künftig soll bestraft werden, wer einem Mandatsträger oder einer Mandatsträgerin einen ungerechtfertigten Vorteil als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass der oder die Abgeordnete bei Mandatswahrnehmung eine vom „Auftraggeber“ gewünschte Handlung vornimmt beziehungsweise unterlässt. Umgekehrt wird der oder die Abgeordnete bestraft, wenn er oder sie für solche Handlungen einen materiellen oder immateriellen Vorteil fordert.

### **ERLEICHTERUNG DER GRUNDBUCHAMTSREFORM IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

Mit breiten Mehrheiten verabschiedeten Bundestag und Bundesrat den von Baden-Württemberg initiierten Gesetzentwurf zur Erleichterung der Umsetzung der Grundbuchamtsreform in Baden-Württemberg. Durch diese Reform wird die Struktur des Grundbuchwesens im Land derjenigen im übrigen Bundesgebiet angeglichen. Die bisher rund 650 Grundbuchämter, die überwiegend von den Kommunen geführt wurden, werden bis 2018 sukzessive in 13 zentrale Grundbuchämter bei den Amtsgerichten eingegliedert. Gleichzeitig wird das gesamte Grundbuchverfahren einschließlich der Aktenführung auf elektronischen Rechtsverkehr umgestellt. Durch die Grundbuchamtsreform kommt es zu einer Aufgabenverlagerung von den Kommunen auf das Land. Beim Land besteht deshalb in den zentralen Grundbuchämtern ein ganz erheblicher Bedarf an Rechtspflegern. Ziel des Gesetzes ist es daher, den bereits langjährig in den Grundbuchämtern eingesetzten Beschlussfertigern eine hochwertige und angemessene Beschäftigung zu bieten sowie ihr grundbuchrechtliches Fachwissen zu erhalten.

## Verkehr und Infrastruktur

### INITIATIVE ZUR FINANZIERUNG DES ÖPNV

Im Jahr 2014 war eine Revision der Regionalisierungsmittel gesetzlich festgeschrieben. Die Verkehrsminister der Länder haben sich in einem monatelangen Verhandlungsprozess – an dem Baden-Württemberg aktiv beteiligt war – und auf der Basis eines von den Ländern beauftragten Gutachtens auf gemeinsame Forderungen an den Bund zum zukünftigen Bedarf und einen neuen Verteilungsschlüssel geeinigt. Der Bundesrat verabschiedete am 28. November einstimmig einen Gesetzentwurf der Länder Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, der die Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenzen vom 11. Juli und vom 2. Oktober sowie der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15. bis 17. Oktober zur Revision der Regionalisierungsmittel umsetzt. Schon im Jahresverlauf hatte das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur mit der Kabinettsvorlage „Aktivitäten und Positionierung des Landes bei der Revision der Regionalisierungsmittel“ vom 27. August und dem mündlichen Bericht von Minister Winfried Hermann vom 14. Oktober zur Verkehrsministerkonferenz am 1. und 2. Oktober in Kiel über die „Einigung der Länder zur Neuverteilung der Regionalisierungsmittel“ auf die Dringlichkeit des Anliegens hingewiesen.

Mit dem Gesetzentwurf werden im Einzelnen folgende Forderungen an den Bund formuliert: Die Anpassung des Ausgangsbetrags an den nachgewiesenen Bedarf auf 8,5 Mrd. Euro im Jahr 2015, eine Erhöhung der jährlichen Dynamisierungsrate auf 2 Prozent aufgrund der Preissteigerungen bei Personal und Energie, die Übernahme des Risikos von Steigerungen der Stations- und Trassenpreise über der oben genannten Dynamisierungsrate durch den Bund und die Festlegung einer neuen horizontalen Verteilung der Mittel zwischen den Ländern. Dabei wird ausgehend vom heutigen Verteilschlüssel schrittweise ein Zielschlüssel gebildet, der sich aus den Einwohnern und den bestellten Zugkilometern (50:50) zusammensetzt. Dieser Zielschlüssel wird dynamisch im Jahr 2030 erreicht. Hierdurch wird sich der Anteil des Landes Baden-Württemberg von derzeit 10,44 Prozent schrittweise auf 12,3767 Prozent erhöhen. Festgeschrieben wird auch eine Regelung zum Ausgleich der horizontalen Belastungsänderungen zwischen den Ländern im Zeitverlauf 2015–2030 sowie die Aufnahme einer weiteren Revision bereits im Jahr 2026 in das Regionalisierungsgesetz. Das Land Baden-Württemberg hatte aufgrund der Nichtauskömmlichkeit der durch den Bund zugewiesenen Regionalisierungsmittel in den vergangenen Jahren erhebliche Deckungslücken im Bereich Schienenpersonennahverkehr zu gewärtigen. Im Jahre 2014 beläuft sich die Deckungslücke auf ca. 80 Mio. Euro und würde bei Beibehaltung des Status quo beständig weiter anwachsen. Bei Umsetzung des Gesetzentwurfs kann diese Deckungslücke geschlossen und eine erhebliche finanzielle Besserstellung des Landes bewirkt werden.

**VERLÄSSLICHE FINANZIERUNG FÜR DEN STRASSENBAU**

Der Bundesrat hat am 10. Oktober den Entschließungsantrag Baden-Württembergs „Verlässliche, planbare und auskömmliche Finanzierung im Bundesfernstraßenbau“ mit Ergänzungen von Nordrhein-Westfalen angenommen. Planung und Finanzierung großer Projekte im Bundesfernstraßenbau müssen aus Sicht der Landesregierung verlässlicher und transparenter werden. Eine sachgerechte Planung und Finanzierung des Ausbau- und Erhaltungsbedarfs der Bundesfernstraßen in den Ländern erfordert eine bedarfsgerechte Mittelausstattung, eine realistische mittelfristige Finanzplanung und eine verlässliche und transparente Haushaltssteuerung. Außerdem benötigen die Länder einen deutlich höheren Bundeszuschuss zu den Planungskosten. Die vom Bund gezahlte Pauschale von 3 Prozent für Planung und Aufsicht bei Bundesfernstraßenprojekten stehe in keinem Verhältnis mehr zu den tatsächlichen Kosten von 15 bis 20 Prozent. Die zu Beginn des Jahres vorhandenen Haushaltsansätze reichen oft nicht aus, um auch nur die laufenden Aus- und Neubaumaßnahmen zu finanzieren. Die Landesregierung hat deshalb schon vor zwei Jahren die in Baden-Württemberg geplanten Bundesfernstraßenprojekte nach objektiven und nachprüfbaren Kriterien priorisiert.

Mit dem Vorstoß im Bundesrat fordert das Land eine überjährige Verwendung der Straßenbaumittel. Der Bund muss sich von dem überkommenen und unzeitgemäßen Jährlichkeitsprinzip lösen und zu einer modernen, projektorientierten Finanzierungslösung über die gesamte Laufzeit von Projekten kommen. Die bisherigen unterjährigen Mittelzuweisungen und die unkalkulierbaren kurzfristigen Mittelausgleiche am Jahresende machen aus Sicht der Landesregierung eine sachgerechte Planung und Steuerung praktisch unmöglich. Zudem können die Straßenbauverwaltungen in den Ländern ihre personellen Kapazitäten nicht so kurzfristig anpassen.

# Integration

Integrationspolitik hat für Baden-Württemberg einen besonderen Stellenwert. Als Flächenland mit dem höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und als einziges Land mit einem eigenständigen Integrationsministerium engagiert sich Baden-Württemberg auch auf Bundesebene dafür, die Rahmenbedingungen für Teilhabe zu verbessern.

## FLÜCHTLINGSPOLITIK

Vor dem Hintergrund des Anstiegs der Asylbewerberzahlen hatte die Flüchtlingspolitik im Jahr 2014 eine besondere Bedeutung. Baden-Württemberg nahm bei der Findung tragfähiger Lösungen eine zentrale Rolle ein. Leitende Ziele waren dabei, Länder und Kommunen zu entlasten, die Situation der Flüchtlinge zu verbessern und wechselseitige Blockaden von Bundestag und Bundesrat zu vermeiden.

Mit der viel beachteten Zustimmung zum Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als „sichere Herkunftsstaaten“ hat Baden-Württemberg den Weg frei gemacht für eine Verkürzung des Arbeitsverbots für Asylbewerber und Geduldete. Darüber hinaus konnten in Verhandlungen mit der Bundesregierung weitere wesentliche Verbesserungen erreicht werden: Die Regelung, nach der Arbeit vorrangig an Deutsche oder EU-Bürger zu vergeben ist, wurde deutlich entschärft. Die entsprechende Vorrangprüfung ist nicht mehr vier Jahre lang erforderlich, sondern nur noch während der ersten 15 Monate. Bereits nach drei Monaten entfällt künftig die sogenannte Residenzpflicht, nach der sich Asylbewerber und Geduldete nur an einem zugewiesenen Ort aufhalten dürfen. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass Leistungen nur am Ort des Wohnsitzes erbracht werden. Im Asylbewerberleistungsgesetz wird zudem der Vorrang von Sachleistungen zugunsten eines Vorranges von Geldleistungen verändert.

Als nicht mehrheitsfähig erwies sich im Bundesrat die auch von Baden-Württemberg erhobene Forderung, das Asylbewerberleistungsgesetz zugunsten einer Eingliederung in die regulären Sozialversicherungssysteme aufzuheben. In einer von Baden-Württemberg unterstützten Stellungnahme forderte der Bundesrat gleichwohl grundlegende Änderungen am Entwurf der Bundesregierung zum Asylbewerberleistungsgesetz. Nachdem diese vom Bundestag abgelehnt worden waren, konzentrierten sich die Verhandlungen mit dem Bund auf Entlastungen. Im Ergebnis sagte der Bund zu, Länder und Kommunen 2015 und 2016 insgesamt eine Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen, um die gestiegenen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern abzufedern. Strukturelle Verbesserungen, insbesondere hinsichtlich der Gesundheitsversorgung, sind derzeit Gegenstand weiterer Gespräche.

Ein wichtiger Erfolg konnte hinsichtlich der Schaffung von Flüchtlingsunterkünften erreicht werden: Nach einer gemeinsamen Initiative von Hamburg, Baden-Württemberg und Bremen wurden rechtliche Hürden im Bauplanungsrecht abgebaut, die der Nutzung geeigneter Objekte entgegenstanden. Zudem sagte der Bund zu, den Ländern und Kommunen bundeseigene Immobilien mietzinsfrei zur Verfügung zu stellen.



**STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT**

Mit einer Bundesratsinitiative setzte sich Baden-Württemberg im Frühjahr 2014 gemeinsam mit Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein für eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes ein. Gefordert wurde die Streichung der sogenannten Optionsregelung, der zufolge sich junge Deutsche, die durch ihre ausländischen Eltern außerdem den Pass eines Nicht-EU-Staates haben, für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen. Der Bundestag beschloss im Sommer eine Reform, die die Optionsregelung zumindest dahingehend ändert, dass über 90 Prozent der Betroffenen beide Staatsangehörigkeiten behalten können. Mit den Stimmen von Baden-Württemberg billigte der Bundesrat das Gesetz und bekräftigte seine grundsätzliche Forderung nach einer generellen Hinnahme mehrfacher Staatsangehörigkeit.

**ARBEITSMARKTINTEGRATION**

Migrantinnen und Migranten besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist ein weiteres Anliegen der Landesregierung, das sie kontinuierlich auch auf Bundesebene verfolgt. Mit der Verkürzung des Arbeitsverbotes und der Vorrangprüfung für Asylbewerber und Geduldete konnten mit Hilfe von Baden-Württemberg Meilensteine auf diesem Weg erreicht werden. Gemeinsam mit anderen Ländern hat sich Baden-Württemberg außerdem dafür eingesetzt, die Finanzierung eines Programms zur berufsbezogenen Deutschförderung (ESF-BAMF-Sprachkurse) im Jahr 2014 sicherzustellen. Zudem hat das Land im Bundesrat Gesetzentwürfe unterstützt, die ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen entgegenwirken – so bei der Aufnahme der Fleischbranche in den Anwendungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes.

## Europäische Angelegenheiten



Die Beziehungen der Landesvertretung zum Bundestag in europäischen Angelegenheiten erhalten durch die aktuellen Rahmenbedingungen ein besonderes Gewicht. Mit dem Vertrag von Lissabon und dem sog. Subsidiaritätsfrühwarnsystem kommt der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente (in Deutschland Bundestag und Bundesrat) im EU-Bereich eine neue Bedeutung zu. Auch die Beziehungen zu den Europa-einheiten der Bundesministerien in Berlin spielen eine wichtige Rolle. Mit zunehmender Tendenz der Europäischen Integration weg von der Gemeinschaftsmethode hin zur intergouvernementalen Zusammenarbeit wächst auch die Bedeutung der Vernetzung der Landesvertretung mit den zuständigen Arbeitseinheiten in den Bundesressorts zur schnellen Informationsgewinnung.

Gleichzeitig agiert die Landesvertretung durch Veranstaltungen als Impulsgeber und Diskussionsforum für aktuelle europapolitische Debatten: So standen die kontroversen Diskussionen über die Ausgestaltung einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA (TTIP) und das oft als Blaupause zu TTIP bezeichnete umfassende Handelsabkommen mit Kanada (CETA) im europapolitischen Fokus.

Auch die weiteren Schritte zur Vollendung der Bankenunion und deren Behandlung im Bundesrat waren ein europapolitisches Highlight im Herbst 2014. Bei der Frage der Sanierung und Abwicklung von Banken war es für Baden-Württemberg dabei wichtig, deutlich zu machen, dass die Beitragsverpflichtung der Landesförderbanken zum Europäischen Bankenabwicklungsfonds zu einer nicht gerechtfertigten Belastung dieser Institute führt. Denn hierdurch werden öffentliche Mittel der Länder in erheblichem Umfang für die Abfederung von Risiken privater Geschäftsbanken in ganz Europa verwendet. Baden-Württemberg wird sich auch weiterhin intensiv dafür einsetzen, dass die Landesförderbanken nicht – oder zumindest wesentlich geringer als ursprünglich geplant – belastet werden. Darüber hinaus darf die Beitragserhebung zum Abwicklungsfonds nicht zu innereuropäischen Wettbewerbsverzerrungen führen. Baden-Württemberg setzt sich daher für eine EU-weite steuerliche Gleichbehandlung der Kreditinstitute ein.

## Ständige Vertragskommission

Die Landesvertretung wirkt auch in der „Ständigen Vertragskommission der Länder“ (StVK) mit. Die StVK koordiniert die Haltung der Länder zu internationalen Verträgen. In den Sitzungen der StVK werden die Interessen Baden-Württembergs durch die Landesvertretung in Absprache mit den jeweils fachlich betroffenen Ressorts wahrgenommen. Die Landesvertretung erteilt gegenüber dem Bund nach Empfehlung der StVK die Zustimmung Baden-Württembergs zum endgültigen Vertragstext bzw. zur Zeichnung des völkerrechtlichen Vertrages durch den Bund. Im Berichtszeitraum sind unter anderem die Beratungen über ein Kulturabkommen zwischen Deutschland und Myanmar und über ein deutsch-bulgarisches Abkommen über die Deutsche Schule in Sofia zu nennen. Bei diesen Beispielen aus dem Kulturbereich handelt es sich um einen klassischen Bereich der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder, welches die Beteiligung der StVK durch den Bund sowohl vor Aufnahme und Abschluss der Verhandlungen als auch vor der Zeichnung des Abkommens zwingend erforderlich macht.



Viermal im Jahr treffen sich die Regierungschefinnen und Regierungschefs der 16 Länder im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz, um sich gemeinsam über ihre Politik abzustimmen. Der Vorsitz rotiert jährlich zwischen den Ländern.

Die Ministerpräsidentenkonferenz wurde 1954 als ständige Einrichtung etabliert und ist ein Gremium der Selbstkoordination der Länder. Wichtige politische Abstimmungsprozesse, die außerhalb des üblichen Gesetzgebungsverfahrens notwendig sind, finden in der Ministerpräsidentenkonferenz statt. Sie ist kein Verfassungsorgan wie etwa der Bundesrat. Die Ministerpräsidentenkonferenz tagt in der Regel mindestens viermal im Jahr. Bei zwei dieser Treffen ist ein anschließendes Zusammenkommen mit der Bundeskanzlerin vorgesehen.

Inhaltliche Schwerpunkte der Ministerpräsidentenkonferenz waren in der Vergangenheit etwa die Energiepolitik, Bildungspolitik, Europapolitik, die Föderalismusreform und die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Daneben ist die Ministerpräsidentenkonferenz auch für den Abschluss von Staatsverträgen und anderen Abkommen (insbesondere im Bereich Rundfunk) zuständig. Ihre Entscheidungen trifft die Ministerpräsidentenkonferenz mit Zustimmung von mindestens 13 Ländern. Davon ausgenommen sind Entscheidungen über die Geschäftsordnung, haushaltswirksame Angelegenheiten und die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen. In diesen Fällen gilt das Einstimmigkeitsprinzip.



Der Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz geht im jährlichen Turnus von Land zu Land. Am 1. Oktober hat Brandenburg für ein Jahr den Vorsitz übernommen. Die Konferenz wird durch die Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien vorbereitet. Sie treffen sich dazu ebenfalls viermal im Geschäftsjahr.

Die erste Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz Baden-Württembergs, die Jahreskonferenz der Regierungschefs und Regierungschefinnen der Länder, fand im Oktober 2013 in Heidelberg statt, drei weitere reguläre Konferenzen und eine Sonderkonferenz wurden in der Landesvertretung durchgeführt.

Auf ihrer Konferenz im Dezember 2013 befassten sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nochmals mit dem NPD-Verbotsverfahren, nahmen die mögliche Anpassung des Länderzuschusses an die Kulturstiftung der Länder zur Kenntnis und berieten unter anderem die im Koalitionsvertrag enthaltenen Eckpunkte zur EEG-Reform und die Umsetzung der Energiewende.

Bei der Umsetzung der Qualifizierungsoffensive begrüßten die Regierungschefinnen und Regierungschefs insbesondere die Weiterentwicklung des Hochschulpakts 2020. Sie brachten ihre Erwartung zum Ausdruck, dass der Bund durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer-Beteiligung ermögliche, die angestrebten zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung, Forschung und Entwicklung bis zum Jahr 2015 zu erreichen. „Unser gemeinsames Interesse und Ziel sollte es sein, die Steigerung des Anteils der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am nationalen Bruttoinlandsprodukt weiter voranzubringen. Hiervon hängt die Zukunft Deutschland als innovativem Forschungs- und Wirtschaftsstandort ab“, bekräftigte Ministerpräsident Kretschmann. „Gemeinsam mit dem Bund sollten wir die bisher erfolgreiche gemeinsame Forschungsförderung fortsetzen.“

Weiteres Thema waren die Konsequenzen der Bundeswehrstrukturreform im Hinblick auf die Verwertung militärischer Flächen. An die Konferenz schloss sich ein Treffen



mit der Bundeskanzlerin an, bei dem die aufgeworfenen Themen besprochen wurden. Im März trafen die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder in der Landesvertretung zu einem weiteren Treffen unter Vorsitz von Ministerpräsident Winfried Kretschmann zusammen. Themen waren unter anderem die Energiewende, die Senkung des Rundfunkbeitrags, der Breitbandausbau und die langfristige Sommerferienregelung.

Auf der Sitzung wurden die entscheidenden Weichen für das gemeinsame Auftreten der Länder bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gestellt. Das EEG sei nach wie vor ein entscheidendes Instrument auf dem Weg zu einer neuen Energieversorgungsstruktur. „Das EEG muss mit Blick auf die Verteilung seiner finanziellen Lasten dringend überarbeitet und stärker marktorientiert und vor allem auch europarechtskonform ausgestaltet werden“, betonte Ministerpräsident Kretschmann. Die Ministerpräsidenten einigten sich weiter, den Rundfunkbeitrag zu senken, und beauftragten ARD, ZDF und DLR, ein überarbeitetes Konzept für einen crossmedialen Jugendkanal vorzulegen.

Beim Thema Breitbandausbau forderten die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, dass sich der Bund wesentlich stärker finanziell engagieren muss, um die von ihm selbst vorgegebenen Ausbauziele erreichen zu können. Es fehle ein Breitband-Förder- oder Finanzierungsprogramm für Hochgeschwindigkeitsnetze.



Auf einer Sonderkonferenz im April verhandelten die Länder unter Leitung von Ministerpräsident Kretschmann die Reform des EEG mit der Bundeskanzlerin. Die Vorbereitungen fanden erneut in der Landesvertretung statt. Man einigte sich auf einige wesentliche Veränderungen am vorgelegten Gesetzentwurf der Bundesregierung und erreichte damit eine gerechtere Kostenverteilung, eine wesentliche Forderung der Länder.

Im Juni kamen die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder in der Landesvertretung zu einem weiteren Treffen unter Vorsitz von Ministerpräsident Winfried Kretschmann zusammen. Themen waren unter anderem die föderalen Finanzbeziehungen, die Energiewende, die Verwertung militärischer Liegenschaften, der ZDF-Staatsvertrag und der Breitbandausbau.

Auf dieser Konferenz, die ganz im Zeichen der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen stand, einigten sie sich zunächst darauf, dass die Finanzminister der Länder und der Bundesfinanzminister beauftragt werden, Grundlagen für Vereinbarungen zu Fragen der föderalen Finanzbeziehungen zu erarbeiten. Bis zur Jahreskonferenz im Oktober – dann unter dem Vorsitz Brandenburgs – sollten die Ergebnisse zum vertikalen, bis zur Konferenz im Dezember die Ergebnisse zum horizontalen Finanzausgleich vorliegen. Das Thema wurde Anfang Dezember in der anschließenden Runde der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin erörtert.

Für die Umsetzung der Energiewende forderten die Länderchefs und -chefinnen, dass die Reform des EEG noch besser umgesetzt werden kann, als von der Bundesregierung bislang geplant sei, die vorgesehene EEG-Umlage müsse deutlich nach unten korrigiert werden.

Das bereits seit langem diskutierte Thema der Verwertung militärischer Liegenschaften wurde erneut aufgegriffen. Für die Länder und Kommunen müsse gewährleistet sein, dass die betroffenen Kommunen bei der schwierigen Aufgabe einer sinnvollen Verwertung der Liegenschaften auch langfristig mit einer verlässlichen finanziellen Hilfestellung von Seiten des Bundes rechnen können.

Zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag verständigten sich die Ministerpräsidenten und -präsidentinnen darauf, die Anzahl der Sitze im ZDF-Fernsehrat auf 60 Sitze sowie im Verwaltungsrat auf zwölf Sitze zu reduzieren. Unter Beachtung der Drittelvorgabe des Bundesverfassungsgerichts gibt es dann zukünftig im Fernsehrat nur noch maximal 20 anstatt bisher 34 staatliche und staatsnahe Vertreterinnen und Vertreter. Im Verwaltungsrat sind es dann nur noch vier statt bisher sechs.

Das von der Bundesregierung ausgegebene Ziel, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung von 50 Mbit/s in Deutschland zu schaffen, wurde von den Ländern unterstützt. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs waren sich aber einig, dass für den Breitbandausbau nicht vorrangig auf die Kapazitäten des terrestrischen Digitalfernsehens zugegriffen werden soll. Zudem sollen die Einnahmen aus der Frequenzversteigerung nach Abzug der Umstellungskosten hälftig zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden und zur Finanzierung des Breitbandausbaus und der Digitalisierung verwendet werden.

Ein weiteres Thema war die auskömmliche Finanzierung der Universitätsklinika. Es müssten gesetzliche Voraussetzungen für eine angemessene Vergütung der besonderen Leistungen der Universitätsklinika und der Krankenhäuser der Maximalversorgung geschaffen werden.

Der Vorsitz Baden-Württembergs endete mit der traditionellen Jahrestagung der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder im September 2014 in Stuttgart.

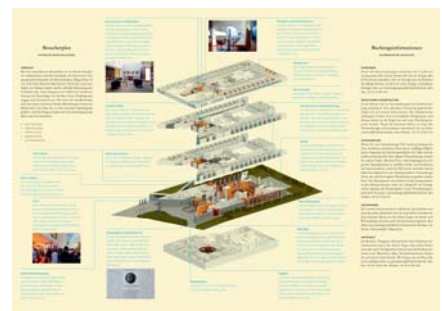


# Das „Haus Baden-Württemberg“ im Jahr 2014

## „Gestatten, Baden-Württemberg. Landesvertretung in Berlin.“

### NEUE BESUCHERINFORMATION

Als Teil des neuen Kommunikationskonzepts wurde für Gäste der Landesvertretung ein Faltblatt erstellt, das einen Blick hinter die Kulissen gewährt. Dabei wird die Perspektive der Besucherin bzw. des Besuchers eingenommen. Der Hausherr erläutert die Möglichkeiten einer Landesvertretung. Eine Rubrik „Rede & Antwort“ vermittelt weiteres Wissenswertes. Ein Besucherplan mit der Illustration eines 3D-Stockwerkschnitts beschreibt das Gebäude. Weiter enthalten sind Hinweise zu Buchungsmöglichkeiten für Führungen, Veranstaltungen, Tagungsräume, Gastronomie oder Gästehaus.



Als neue Variante des Kommunikationssymbols der Landesvertretung – der Textblase mit den drei Stauferlöwen – wurden Streichholzbriefchen gefertigt. Der Wiedererkennungswert des Symbols, das Bestandteil des Signets „Gestatten, Baden-Württemberg. Landesvertretung in Berlin.“ ist, wird damit gestärkt. Da klein und handlich, sind Streichholzbriefchen beliebte Mitnahmeartikel und dabei ein kostengünstiger Streuartikel. Streichholzbriefchen sind oft lange Zeit in den Handtaschen und Haushalten präsent. Durch die Erkennbarkeit der Stauferlöwen auf den Außenseiten und die Kontaktdaten der Landesvertretung auf der Innenseite des Deckblatts kann das Kommunikationsmittel längerfristig Kontakte fördern, etwa auch für Übernachtungsanfragen ans Gästehaus.



### INTERNET UND FACEBOOK

Auf der Internetseite werden Besucherinnen und Besucher mit Informationen rund um die Landesvertretung versorgt. Im Service- und Pressebereich sind Initiativen, die Baden-Württemberg im Bundesrat eingebracht hat, sowie Initiativen anderer Länder, denen Baden-Württemberg beigetreten ist, dargestellt. Als erstes Land veröffentlicht Baden-Württemberg hier auch, wie das Land im Bundesrat abgestimmt hat. Ein Internet-Veranstaltungskalender bietet einen Überblick über das vielseitige Veranstaltungsprogramm der Landesvertretung und eröffnet Interessierten die Möglichkeit, sich auch ohne gezielte Einladung anmelden zu können. Eine „Kultur-Litfaßsäule“ weist auf Gastspiele von Künstlerinnen und Künstlern aus Baden-Württemberg in Berlin sowie weitere Kulturdarbietungen aus dem Südwesten in der Bundeshauptstadt hin. Durch regelmäßige „Postings“ auf ihrer Facebookseite vermittelt die Landesvertretung Wissenswertes aus allen Arbeitsbereichen. Im Mittelpunkt stehen Themen der Gesetzgebung, Informationen über die Arbeit im Bundesrat und Veranstaltungshinweise, oft



mit dem Angebot einer Teilnahmemöglichkeit. Die Resonanz auf solche „Postings“ zeigt, dass über dieses Medium Personen angesprochen werden können, die nicht von den Einladungsverteilern erfasst werden. Daneben gibt es Interessantes aus Baden-Württemberg wie aus der Bundeshauptstadt, beispielsweise Tipps zu großen Landesausstellungen und Touristikhinweise, etwa zur Landesgartenschau.

Die Facebookseite der Landesvertretungen kann inzwischen rund 800 „Gefällt mir“-Angaben verzeichnen. Etwas mehr als zwei Jahre nach dem Start des Angebots kann festgestellt werden, dass viele Interessierte sich regelmäßig auf diesem Weg über die Landesvertretung informieren.

#### **BETEILIGUNG AN „BERLIN LEUCHTET“**

Im Rahmen des berlinweiten Lichtkunstfestivals „Berlin leuchtet“ strahlte der Künstler Dietmar Korth vom 2. bis 19. Oktober nach Einbruch der Dunkelheit seine Videoprojektionen auf die Architektur der Landesvertretung. Der Lichtkünstler erstellt farbige Computergrafiken, für die er Fotos und Videos von Naturmotiven verfremdet. Eine Videoeinspielung von Windrädern machte beispielsweise auf das Engagement Baden-Württembergs für die Energiewende aufmerksam. Durch die Arbeit von Dietmar Korth, der seine Lichtkunst unter dem Label „Das Kalte Feuerwerk“ entwickelt, wurde die Tiergartenstraße in das Gesamtkonzept des Lichtkunstfestivals mit dem Motto „Weltbühne Berlin“ eingebunden, das mit rund 70 beleuchteten Objekten maßgebliche Stadtentwicklungsprozesse der letzten 100 Jahre durch zwei dominante Ost-West-Achsen akzentuieren sollte.



© Dietmar Korth „Das kalte Feuerwerk“







© KLANGERFINDER

#### NEU: DIE LANDESVERTRETUNGS-APP

Für die Landesvertretung wird derzeit ein „Medienguide“ auf Basis einer „App“ entwickelt, der von Besucherinnen und Besuchern in Berlin sowie anderen Interessierten genutzt werden kann. Das Angebot, das mit Unterstützung einer Agentur konzipiert und umgesetzt wird, ist für Anwender kostenlos und sowohl in der Apple- als auch in der Android-Welt auf unterschiedlichen Geräten wie Smartphones und Tabletcomputern nutzbar.

Durch den Medienguide will die Landesvertretung ihren Gästen eine weitere zeitgemäße Kommunikationsform anbieten. Über die Datenübertragungstechnik Bluetooth und den Einsatz sogenannter SmartMarker werden im direkten räumlichen Zusammenhang zum Gebäude umfassende Informationen über die Landesvertretung vermittelt. Die App führt durch das Gebäude, weist auf dessen architektonische Besonderheiten hin und informiert über die Kunst-Exponate in den einzelnen Räumen. Sie stellt Veranstaltungsinformationen bereit und weist auf die Übernachtungsmöglichkeiten im Gästehaus hin. Die politische Dimension der Vertretung beim Bund wird durch aktuelle Informationen zur Landespolitik und zur Mitwirkung in der Bundespolitik über den Bundesrat dargestellt. Darüber hinaus enthält die App Informationen zum Land Baden-Württemberg, etwa zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch zur kulturellen Szene des Landes.

Die Zielgruppen sollen so angesprochen werden, dass sie sich sowohl vor als auch nach ihrem Besuch in der Landesvertretung informieren können. Eine Veranstaltung ist somit nicht nur auf den Termin orientiert, sondern soll auch in ihrem Ergebnis den Interessierten über den Medienguide weiter an das Land binden.

## Informationsarbeit – analog und digital

### **PRESSEARBEIT RUND UM DEN BUNDESRAT**

Einen Schwerpunkt bei den Aufgaben der Pressestelle nimmt der Bundesrat ein. Donnerstags vor der Sitzung der Länderkammer steht in der Regel das Bundesratspressegespräch auf dem Programm, bei dem Minister Peter Friedrich Journalistinnen und Journalisten über die aktuellen Themen der Sitzung informiert. Hierzu veröffentlicht die Landesvertretung regelmäßig eine Presseinformation mit den wichtigsten Themen der Sitzung sowie Pressemitteilungen zu spezifischen Themen, die aus baden-württembergischer Sicht von besonderer Bedeutung sind. Da Minister Friedrich zugleich auch Europaminister des Landes ist, spielt oftmals auch Europa eine Rolle. Zudem erstellt die Landesvertretung zu jeder Sitzung einen Podcast, in dem sich der Minister zu wichtigen Punkten der Bundesratssitzung äußert. Er wird am Tag der Bundesratssitzung auf der Homepage, der Facebook-Seite der Landesvertretung sowie auf dem YouTube-Kanal der Landesregierung veröffentlicht. Besonders groß war das Interesse rund um den Bundesrat, als es Ende September um das Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten ging, gerade vor dem Hintergrund der Haltung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

### **LANDESVERTRETUNG ALS ORT JOURNALISTISCHER BEGEGNUNGEN**

Um Hintergrundinformationen aus der Landes- und Bundespolitik geht es in zahlreichen journalistischen Kreisen.

Regelmäßig lädt Minister Friedrich Journalistinnen und Journalisten in die Landesvertretung ein. Dabei wird über aktuelle Berliner Themen, über Wichtiges aus Baden-Württemberg, über die Landesregierung oder die Lage der Parteien offen diskutiert und sich ausgetauscht.

Zudem nutzen einige namhafte Berliner „Hintergrundkreise“ die Landesvertretung für ihre Termine mit hochrangigen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus Politik und Wirtschaft aus dem gesamten landes- und bundespolitischen Spektrum.



### **JOURNALISTISCHES INTERESSE AN DER MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ**

Im Fokus der bundespolitischen Berichterstattung stand die Landesvertretung bei Konferenzen der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, die unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Winfried Kretschmann mehrfach in dem Haus am Tiergarten stattfanden. Als von den Regierungsspitzen hinter verschlossenen Türen über die Einzelheiten der Energiewende oder weitere aktuelle Themen diskutiert wurde, bevölkerten zahlreiche Kamerateams sowie Journalistinnen und Journalisten von Presse und Hörfunk das Foyer der Landesvertretung, um bei der anschließenden Pressekonferenz erste Details zu erfahren. Dabei, aber auch bei zahlreichen weiteren Veranstaltungen, bei denen die Vertreterinnen und Vertreter der Medien stets gern gesehene Gäste sind, bietet sich für die politische Ebene sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses immer wieder die Gelegenheit zu interessanten Gesprächen. So wissen beide Seiten stets, was die andere bewegt.

## Treffpunkt Landesvertretung



© Andreas Klein

Die Landesvertretung ist Ort der politischen Kommunikation, Begegnungsstätte, Konferenzzentrum, Ausstellungs- und Präsentationsraum sowie Anlaufstelle für politisch interessierte Besucherinnen und Besucher aus der Bundeshauptstadt und dem Lande.

### UNSER KONZEPT

Zur politischen Arbeit der Landesvertretung tragen Veranstaltungen maßgeblich bei. Dabei sind verschiedene Typen zu unterscheiden:

- Fachveranstaltungen zu aktuellen politischen Themen, insbesondere auch der Wirtschaftspolitik (z. B. „Wirtschaftsgespräch am Tiergarten“, „Mittagspausen“ für die Wirtschafts- und Handelsräte der Botschaften, Sommerakademie)
- Informationsveranstaltungen, vor allem auch für Besuchergruppen aus Baden-Württemberg und ausländische Gäste
- Kommunikative Treffpunkte mit der Vermittlung baden-württembergischer Themen (z. B. Ausstellungen, Vorträge)
- Kommunikative Treffpunkte mit gesellschaftlichem Anspruch (z. B. Stallwächterparty)
- Pflege von Netzwerken (z. B. Spargelessen für Abgeordnete und Journalisten)
- Kooperationsveranstaltungen mit Berliner Trägern (z. B. Aktion 18. März, Literaturwerkstatt Berlin, „Berlin leuchtet“, Krimimarathon)
- Veranstaltungen für Baden-Württemberger in Berlin (z. B. Landsleutetreffen)

Neben jährlich wiederkehrenden Traditionsveranstaltungen werden vermehrt Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen in Kooperation mit den zuständigen Ministerien durchgeführt. Es finden regelmäßig Treffen und Gesprächstermine im Zusammenhang mit der Bundsratsarbeit der Landesregierung, Sitzungen der Landesgruppen von Bundestagsfraktionen (in der 18. Wahlperiode von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen) sowie Besprechungstermine verschiedener Gremien von Bund und Land statt.

Zahlreiche öffentlich-rechtliche Träger und auch private Organisationen nutzen die Landesvertretung als repräsentative Veranstaltungsstätte und tragen mit ihren Entgelten zur Finanzierung des allgemeinen Veranstaltungsprogramms bei.

Insgesamt wird mit den Veranstaltungsaktivitäten immer wieder in der Bundeshauptstadt auf Baden-Württemberg aufmerksam gemacht. Damit soll erreicht werden, dass das Land seinem Gewicht entsprechend von der Bundespolitik wahrgenommen wird. Auch und gerade kulturelle Veranstaltungen bilden so ein Forum, das einer zwanglosen Kontaktpflege im Interesse des Landes besonders dienlich ist. Dies gilt auch für die Veranstaltungen anderer Träger mit Bezug zu Baden-Württemberg, die in den Räumen der Landesvertretung die Gelegenheit erhalten, in einem ansprechenden Rahmen auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.



Im Jahr 2014 wurden in der Landesvertretung 830 Veranstaltungen durchgeführt. 498 davon waren eigene Veranstaltungen, bei 332 Terminen war die Landesvertretung Gastgeber für andere Träger (z.B. Fraktionen, Parteien, Kammern, Verbände, Stiftungen, Vereine, Diplomatische Vertretungen und Unternehmen). Insgesamt konnten 2014 39.315 Gäste gezählt werden. Im Vergleich zu 2013, dem Jahr der Bundestagswahl, in dem üblicherweise in der Bundeshauptstadt weniger Veranstaltungen durchgeführt werden, bedeutet dies eine deutliche Steigerung, die teilweise auch mit Nachholeffekten zusammenhängt. Dazu kamen Sonderfaktoren wie zum Beispiel die Ministerpräsidentenkonferenz und Jahrestage, die mit Veranstaltungen besonders gewürdigt wurden und zahlreiche Gäste angezogen haben.

#### WEBBASIERTE EINLADUNGEN

Mit der Einführung der webbasierten Einladung im vergangenen Jahr wurden das Einladungswesen modernisiert und die Kosten- und Personaleffizienz deutlich gesteigert. Einladungen zu Veranstaltungen werden grundsätzlich nur noch per E-Mail versandt. Die Gäste können durch einfachen Mausklick ihre Zusage bzw. Absage mitteilen, was eine automatische Registrierung in der Einladungsdatei auslöst. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. Auch die Ressorts nutzen für ihre Veranstaltungen in Berlin immer wieder die sich hier bietenden Möglichkeiten.

## Höhepunkte des Veranstaltungsjahres

### MINISTERPRÄSIDENTENKONFERENZ

Das erste Halbjahr 2014 stand im Zeichen der Ministerpräsidentenkonferenz, deren Vorsitz Ministerpräsident Kretschmann inne hatte. Viermal trafen sich die Ministerpräsidenten aller Länder zwischen Dezember 2013 und Juni 2014 zu ihrer Tagung in der Landesvertretung. Voraus gingen jeweils die Sitzungen der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien zur Vorbereitung. Da im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz unter anderem auch die Rundfunkgebühren behandelt wurden, trafen sich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Rundfunkräte regelmäßig in der Landesvertretung.



### PODIUMSDISKUSSION MIT MINISTERPRÄSIDENT KRETSCHMANN ZUR ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION DER WIRTSCHAFT UND SICHERUNG UNSERES WOHLSTANDES

Was müssen wir tun, um unser Wohlstandsniveau zu halten und dabei die immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen für nachfolgende Generationen zu sichern? Diese Fragestellungen diskutierte Ministerpräsident Winfried Kretschmann am 14. März in einem Symposium mit Dr. Antje von Dewitz, Geschäftsführerin der Firma VAUDE, Tett nang, und Prof. Dr. Lars P. Feld, Leiter des Walter Eucken Instituts, Freiburg.



### „GESTATTEN, GASTWIRTSCHAFTSWUNDER 1964–2014“ – 50 JAHRE STALLWÄCHTERPARTY

Traditionell am Vorabend der letzten Bundesratssitzung vor der Sommerpause fand die alljährliche Stallwächterparty am 10. Juli statt. Unter dem Motto „Gestatten, Gastwirtschaftswunder 1964–2014“ wurde dieses Jahr das 50-jährige Jubiläum der Stallwächterparty gefeiert. 1600 Gäste aus Politik, Medien, Wirtschaft, Diplomatie und Gesellschaft erlebten einen besonderen Abend, an dem die 60er Jahre im Mittelpunkt des Programms standen. Unter den Gästen gesehen wurden u. a. Peter Altmaier, Cem Özdemir, Simone Peter, Anton Hofreiter, Thomas Oppermann, Stephan Weil, Thorsten Albig und Olaf Scholz. Der Erlös einer Benefizaktion ging an die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) für Burundi.

Historisches Foto Stallwächterparty:  
Bonn 1967; Quelle: Bundesarchiv B 145  
Bild-F025420-0016 / Jens Gathmann / CC-BY-SA



Minister Peter Friedrich, Ministerpräsident  
Winfried Kretschmann, Minister Nils Schmid



### KLAUSUR DER LANDTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Von 16. bis 18. September traf sich die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Landesvertretung zu einer Herbstklausur. Die Abgeordneten nutzten die Sitzung in Berlin, um sich auch mit Vertretern der Bundestagsfraktion, dem Bundesvorstand und Verbänden zu treffen und zu besprechen.

## Politische Fachveranstaltungen



© canstockphoto

### VERANSTALTUNGSREIHE „GESTATTEN: TTIP/CETA.“

Ein europapolitischer Schwerpunkt der Arbeit der Landesvertretung im Berichtszeitraum bildete die Begleitung der Diskussion über mögliche Vor- und Nachteile der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP) und des häufig als „Blaupause“ für TTIP bezeichneten umfassenden Freihandelsabkommens der EU mit Kanada (CETA).

Unter dem Motto „Daten, Fakten und Hintergründe gegen hartnäckige Mythen und Legenden“ ist es der Landesvertretung gelungen, mit dazu beizutragen, die zum Teil hoch emotional geführten Diskussionen mit Fachgesprächen und -symposien zu versachlichen und in ein ruhigeres Fahrwasser zu bringen.

In einem viel beachteten Symposium der Landesvertretung in Kooperation mit den Vertretungen Hamburgs und Niedersachsens zum Thema „Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren – Gefahr für den Rechtsstaat?“ wurde am 3. Juli das Für und Wider einer Schiedsklausel zwischen „zwei Industrienationen auf Augenhöhe“ und Forderungen nach einer Verbesserung des gegenwärtigen Schiedsmechanismus von Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Praktikern internationaler Schiedsgerichtsverfahren, der Wissenschaft und der Politik offen und faktenorientiert erörtert.



© canstockphoto

Die Ergebnisse des Symposiums fanden Eingang in die erfolgreiche Dreiländer-Initiative im Bundesrat von Baden-Württemberg zusammen mit Hamburg und Niedersachsen anlässlich der europaweiten Konsultation der EU-Kommission zu Fragen der Ausgestaltung des Investitionsschutzes in TTIP (Beschluss des Bundesrates vom 11. Juli, BR-Drs. 295/14).

In einem Round-Table-Gespräch zum Thema „Regulatorische Kooperation“ am 8. Oktober wurden gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission, der Zivilgesellschaft und Unternehmen sowie Fachleuten aus der Regulierungszusammenarbeit unter anderem Mindestanforderungen an eine transatlantische Regulierungszusammenarbeit diskutiert.

### WIRTSCHAFTSVERANSTALTUNGEN

Zu den gut eingeführten Veranstaltungen in der Landesvertretung gehören die „Wirtschaftsgespräche am Tiergarten“ und die Reihe „Machen Sie doch Ihre Mittagspause in Baden-Württemberg“, mit denen Multiplikatoren in Berlin über den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg informiert werden.

### „WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE AM TIERGARTEN“

Im Rahmen der „Wirtschaftsgespräche am Tiergarten“, zu denen neben den Repräsentanten baden-württembergischer Unternehmen ein hochrangiges Publikum aus Politik, Medien, Wirtschaft, Verbänden und Verwaltung eingeladen wird, wurde am 9. April über das Thema „Sicherheit für unsere Daten – Big Data und Datensicherheit“ mit den Experten Mathias Kaldenhoff von SAP, Constanze Kurz vom Chaos Computer Club, Prof. Dr. Jörn Müller-Quade vom Karlsruher Institut für Technologie und Ministerialdirektor Dr. Herbert Zinell vom Innenministerium diskutiert.

Ein weiteres Podium mit Dr. Rüdiger Brockmann von TRUMPF Laser- und Systemtechnik, Prof. Dr. Frank Henning vom Karlsruher Institut für Technologie, Ministerialdirektorin Dr. Simone Schwanitz vom Wissenschaftsministerium und Heike Wolfangel vom Technologieunternehmen Wolfangel beschäftigte sich am 15. Oktober mit der „Zukunftstechnologie Leichtbau und deren Mehrwert für die Wirtschaft“.

Prof. Dr. Lars P. Feld, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, stellte am 12. November Einzelheiten des aktuellen Jahresgutachtens des Sachverständigenrates vor. Die Veranstaltung fand im Anschluss an die Übergabe des Gutachtens an die Bundesregierung statt.



©Leichtbau BW – „Gestricktes Haus“ –  
Beispiel aus der Faserverbundtechnologie



© Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg



Prof. Andreas Löschel und Prof. Frithjof Staiß

Zum Thema „Energiewende in Deutschland – wo stehen wir heute?“ wurden am 8. April zum zweiten Mal zentrale Ergebnisse der Stellungnahme der Expertenkommission zum Monitoring-Bericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2013 in unserem Hause präsentiert. Prof. Dr. Andreas Löschel vom ZEW Mannheim, Vorsitzender der Expertenkommission, Prof. Dr. Frithjof Staiß vom ZSW Ulm, Prof. Dr. Georg Erdmann von der Technischen Universität Berlin und Dr. Hans-Joachim Ziesing von der AG Energiebilanzen diskutierten auf dem Podium. Am 17. Dezember stellte die Expertenkommission die aktuelle Stellungnahme zum Monitoring-Bericht zum dritten Mal in der Landesvertretung vor. Die damit begründete Tradition soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.



#### **VERANSTALTUNGSREIHE „MACHEN SIE DOCH IHRE MITTAGSPAUSE IN BADEN-WÜRTTEMBERG“**

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Machen Sie doch Ihre Mittagspause in Baden-Württemberg“ wurden Wirtschafts- und Handelsräte der Berliner Botschaften, Vertreter ausländischer Unternehmen sowie in- und ausländische Pressevertreter am 5. Juni über den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg informiert. Andreas Braun stellte das Internationale Patientenmanagement des Klinikums Stuttgart vor und Ulrich Mack, Mitglied der Geschäftsführung von Baden-Württemberg International, präsentierte Baden-Württemberg als führenden Gesundheitsstandort in Europa.

Bei einer weiteren Veranstaltung am 19. November wurde über das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA unterrichtet und das vorliegende Verhandlungsergebnis aus kanadischer Sicht vom Gesandten der Kanadischen Botschaft, Thomas Marr, sowie aus europäischer Sicht vom Vertreter der Europäischen Kommission, Michael Vollprecht, bewertet. Im Mittelpunkt standen dabei die Chancen, aber auch Risiken für die deutschen Länder und die Regionen Europas.

Die Veranstaltungen werden in Kooperation mit Baden-Württemberg International (bw-i) durchgeführt.

#### **ENERGIEPOLITISCHES REBRIEFING ZU DEN KOALITIONSVERHANDLUNGEN**

Am 30. Januar fand in der Landesvertretung ein energiepolitischer Dialog mit den Ministern Peter Friedrich und Franz Untersteller MdL statt. Gegenstand des Gesprächs waren die energiepolitischen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene und deren Auswirkungen auf die baden-württembergischen Interessen. Über 60 hochrangige Multiplikatoren aus Ländern, Verbänden und Institutionen folgten der Einladung und diskutierten mit dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Rainer Baake die angedachten Förderinstrumente für erneuerbare Energien sowie die Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit.



Minister Franz Untersteller MdL,  
Minister Peter Friedrich,  
Staatssekretär Rainer Baake



Volker Ratzmann (Landesvertretung),  
Annegret Eppler (Universität Innsbruck),  
Henrik Scheller (Universität Potsdam)

#### **WORKSHOP ZUR EU-INTEGRATIONSFORSCHUNG**

Am 11. Februar veranstaltete die Landesvertretung einen Workshop in Zusammenarbeit unter anderem mit den Universitäten Tübingen und Potsdam sowie dem Institut für Europäische Politik (IEP) zum Thema „EU-Desintegration als Treiber des EU-Einigungsprozesses?“ zu Fragen der aktuellen Integrationsforschung im europäischen Kontext.

#### **TAGUNG „STRAFBEFREIENDE SELBSTANZEIGE: PRAXISBERICHT UND REFORMBEDARF“**

Am 7. April fand in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium des Landes Schleswig-Holstein in der Landesvertretung eine Veranstaltung zum Thema „Strafbefreiende Selbstanzeige: Praxisbericht und Reformbedarf“ statt, in der Praktiker aus der Steuerverwaltung von den Erfahrungen aus über 10.000 Selbstanzeigen seit Februar 2010 berichteten.

#### **NATURSCHUTZSTRATEGIE BADEN-WÜRTTEMBERG**

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr eine Naturschutzstrategie veröffentlicht, die über die Ressortgrenzen hinweg konkrete Ziele und Maßnahmen festlegt und alle gesellschaftlichen Kräfte in die Pflicht nimmt. Mit der Strategie soll ein wirksamer Beitrag zur Erhaltung und Vermehrung der biologischen Vielfalt sowie zur qualitativen Verbesserung der Lebensräume geleistet werden. Die biologische Vielfalt ist existenzielle Grundlage sowohl für das menschliche Leben als auch für die Tier- und Pflanzenwelt. Sie sichert unter anderem unsere globale wirtschaftliche Entwicklung, technische und medizinische Innovationen sowie die Lebensmittelversorgung.

Bei einer Veranstaltung in der Landesvertretung wurde am 5. Juni in Anwesenheit des Ministers für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde über „Herausforderung Naturschutz und sein Mehrwert für die Gesellschaft – Die Naturschutzstrategie Baden-Württemberg und ihre Umsetzung“ diskutiert. An der Diskussion nahmen neben Dr. Wolfgang Schlund, einem der beiden Gründungsleiter des Nationalparks Schwarzwald, u. a. der Geschäftsführer eines Landschaftserhaltungsverbands in Baden-Württemberg, die Leiterin des Biosphärengebietes Schwäbische Alb und der Hauptgeschäftsführer des Industrieverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg teil.



### SOMMERAKADEMIE

Bereits zum zweiten Mal veranstaltete die Landesvertretung im unmittelbaren Anschluss an die parlamentarische Pause im September eine Sommerakademie und begründete damit eine neue kleine Tradition. Die Energieeffizienz, das bislang zumindest gefühlte „Stiefkind“ der Energiewende, stand im Fokus der diesjährigen Veranstaltung am 10. September. In einem Eingangsreferat, drei Workshops und einer Abschlussveranstaltung wurden, ausgehend von der Idee eines umfassenden Energieeffizienzgesetzes, die unterschiedlichen Aspekte der Ressourcen- und Energieeinsparung erörtert. Dabei wurde deutlich, welche Veränderungen vollzogen werden müssen, um ambitionierte Energieeffizienzziele zu gewährleisten und umzusetzen. An die Referentenebene in der Bundeshauptstadt adressiert, präsentierte sich die Landesvertretung erneut als ein Ort des politischen Dialogs. Einen Ausklang fand die Veranstaltung mit einem energiepolitischen Netzwerktreffen.





© bangkokhappiness –  
istockphoto.com: 07-25-14

### **STROMMARKTDESIGN 2.0**

Die Bayerische Energieministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin Ilse Aigner und der baden-württembergische Energieminister Franz Untersteller MdL bekräftigten mit einer gemeinsamen Veranstaltung in der Landesvertretung am 10. Oktober die Lebendigkeit der sogenannten Südschiene. Für die benachbarten Länder präsentierten die Minister gemeinsame Vorstellungen für eine Neukonzeption des Strommarktdesigns, um die Versorgungssicherheit in Süddeutschland zu gewährleisten. Zahlreiche Politiker, Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler verfolgten die Diskussion und brachten sich mit Impulsen zur Funktionsfähigkeit des Strommarkts und zu den Folgen der verschiedenen diskutierten Kapazitätsmechanismen ein.

### **PIA: ERFOLGSMODELL ZUR GEWINNUNG VON FACHKRÄFTEN IN KITAS**

Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung stellt sich die Frage, wie der Bedarf an qualifizierten pädagogischen Fachkräften gesichert werden kann. Im Beisein von Marion von Wartenberg, Staatssekretärin im Kultusministerium, tauschten sich im Oktober 2014 Expertinnen und Experten aus Bund, Ländern, Kommunen, Trägern und Stiftungen hierüber in einem Fachgespräch aus. Es ging dabei um das bundesweit einzigartige Modell der praxisintegrierten Erzieherausbildung (PIA) in Baden-Württemberg. Mit diesem Ausbildungsmodell gelingt es, neue Zielgruppen wie Männer oder Menschen mit Migrationshintergrund als Fachkräfte für den Erzieherberuf zu gewinnen.

### **LÄNDERKONZEPT WERTSTOFFGESETZ**

Am 25. November veranstalteten die Umweltminister der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Baden-Württemberg einen Parlamentarischen Abend zum Thema Wertstoffgesetz in der Landesvertretung. Gemeinsam präsentierten sie ein Konzept zur besseren Sammlung, Sortierung und Verwertung von Wertstoffen der privaten Haushalte. Dabei haben sich die vier Ländervertreter vor allem für eine stärkere Produktverantwortung der Inverkehrbringer von Verpackungen, eine höhere Recyclingquote und eine Delegation der Organisationsverantwortung an die Kommunen eingesetzt. Mit dem Vorstoß wurden maßgebliche Impulse von Baden-Württemberg für das anstehende Gesetzgebungsverfahren gesetzt.



„Die Väter des Föderalismus“  
Hamilton, Madison und Jay – Autoren der  
Federalist Papers 1787/88 (Karikatur: LUFF)

### **KONFERENZ BUND-LÄNDER-FINANZBEZIEHUNGEN HEUTE UND 2020+**

Die Tätigkeit der Landesvertretung war durch Begleitung der Reformvorhaben zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen seit dem Sommer des Jahres 2014 geprägt. Dem Land Baden-Württemberg kommt in diesem Prozess eine besondere Rolle zu, da es als einziges Geberland nicht gegen den Finanzausgleich vor dem Bundesverfassungsgericht klagt. Hierzu fand am 1. Dezember in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Botschaft in Berlin in deren Hause eine Veranstaltung zum Thema „Bund-Länder-Finanzbeziehungen heute und 2020+“ statt, in der unter anderem darüber diskutiert wurde, wie verschiedene föderal organisierte Staaten die Konnexität der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben auf den verschiedenen staatlichen Ebenen sicher stellen und welche interessanten Anstöße sich dazu bieten.



## Neue Formate

**ZEIT  
MUSIK  
BW**

**ZEIT MUSIK<sup>BW</sup>**

**KLASSIK ALS AUFTAKT – TIANWA YANG, VIOLINE**

Über ihre politischen Aufgaben hinaus will die Landesvertretung mit der neuen Veranstaltungsreihe ZEIT MUSIK<sup>BW</sup> für die ganze Stadt ein Angebot machen, bei dem es natürlich um Baden-Württemberg geht, um Interpreten, Musikstücke oder Produzenten aus dem Südwesten. Wichtig ist dabei der Zusatz „Zeit“: Es geht um aktuelle Musik, um junge Interpreten, um Zeitgenössisches in Klassik, Jazz und Weltmusik. Einen musikalischen Hochgenuss erlebten über 200 Gäste zur Auftaktveranstaltung der neuen Musikreihe am 21. Februar. Auf dem Programm standen Stücke von Pablo de Sarasate. Die Solistin dieses Abends wurde für ihr in jeglicher Hinsicht eindrucksvolles Spiel geradezu bejubelt. Die aus China 2003 nach Baden-Württemberg gekommene Violinistin Tianwa Yang hat der Musik für Violine und Klavier von Pablo de Sarasate in Zusammenarbeit mit ihrem Duopartner Markus Hadulla zu großer Aufmerksamkeit bei Publikum und Presse verholfen. Die beiden Musiker haben in Karlsruhe studiert, wo Markus Hadulla heute an der Musikhochschule unterrichtet.



**WÜRTTEMBERGISCHE SONATEN VON C. P. E. BACH –  
ANA-MARIJA MARKOVINA, KLAVIER**

Die zweite Veranstaltung der Reihe widmete sich am 17. Juni den „Württembergischen Sonaten“ von Carl Philipp Emanuel Bach. Als Kammercembalist Friedrichs II. unterrichtete er in Berlin den jungen Herzog Carl Eugen von Württemberg. Ihm widmete er die sechs Württembergischen Sonaten für Cembalo (Nürnberg 1744). Am 8. März jährte sich zum 300sten Mal der Geburtstag von Carl Philipp Emanuel Bach. Aus diesem Anlass hatte die Landesvertretung die Pianistin Ana-Marija Markovina eingeladen. Die Deutsche mit kroatischen Wurzeln hat kürzlich das gesamte Klavierwerk von Carl Philipp Emanuel Bach bei hänsler CLASSIC aus Holzgerlingen eingespielt. Im Baden-Württemberg-Saal der Landesvertretung begeisterte sie die 200 Gäste mit ihrem virtuosens Klavierspiel.

Anlässlich des besonderen Bezugs der Entstehung der Württembergischen Sonaten von C. P. E. Bach zu Baden-Württemberg und Berlin wurde in Zusammenarbeit mit hänsler CLASSIC eine CD-Sonderedition der „Württembergischen Sonaten“ mit einem Erläuterungsbooklet aufgelegt.





Jazzensemble Baden-Württemberg

#### „GESTATTEN, JAZZ FROM SOUTHWEST.“ –

#### JAZZ ENSEMBLE BADEN-WÜRTTEMBERG UND TRIO BEBELAAR/JOOS/LENZ

ZEIT MUSIK<sup>BW</sup> zeigte sich dieses Mal von einer anderen Seite. Jazz aus Baden-Württemberg war das Thema und dies wurde am 14. November prominent umgesetzt. Nach der Begrüßung durch Staatssekretär Jürgen Walter erlebten die Gäste einen spannenden musikalischen Dialog des Trios Bebelaar/Joos/Lenz, die mit ihrer Virtuosität und langjährigen Erfahrung die Gäste begeisterten. Anschließend sorgte das Jazzensemble Baden-Württemberg mit u. a. Thomas Siffing an der Trompete und Peter Lehel am Saxophon für Hörgenuss. Mehr als 200 Gäste, darunter viele, die die Landesvertretung bislang noch nicht kannten, erlebten diesen außergewöhnlichen Abend, der auch über einen Berliner Jazz-Radiosender beworben wurde. Das Konzert war das dritte in der neuen Reihe ZEIT MUSIK<sup>BW</sup>, die im Jahr 2015 mit weiteren musikalischen Angeboten fortgesetzt wird.



#### PROFILE SÜDWEST

#### „FRITZ BAUER – DER WIDERSTÄNDIGE JURIST“

Am 18. November fand mit über 300 Gästen die Veranstaltung „Fritz Bauer – der widerständige Jurist“ mit Vorträgen von Bundesministerin a. D. Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Generalstaatsanwalt Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg und Verleger i. R. Dr. Christof Müller-Wirth statt. Im Anschluss wurde der Film „Fritz Bauer – Tod auf Raten“ von Ilona Ziok gezeigt. Eine Ausstellung zu Fritz Bauer von Schülerinnen und Schülern des Eberhard-Ludwig-Gymnasiums Stuttgart rundete die Veranstaltung ab, die auf eine sehr lebhaft Resonanz stieß.



Bundesministerin a. D.  
Prof. Herta Däubler-Gmelin

## Veranstaltungen – so vielfältig wie das Land

Rekonstruktion einer „Schecke“, Oberbekleidung, wie sie von Jan Hus getragen wurde



### „EIN BRISANTER STOFF. JAN HUS AUF DEM KONSTANZER KONZIL“ – AUSSTELLUNG UND PODIUMSDISKUSSION

Um auf das 600-jährige Jubiläum des Konstanzer Konzils und die Große Landesausstellung von April bis September 2014 in Konstanz aufmerksam zu machen, zeigte die Landesvertretung in Zusammenarbeit mit dem Badischen Landesmuseum Karlsruhe im Januar eine kleine Kabinettsausstellung zum Schicksal des Reformators Jan Hus. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung hatte der Botschafter der Tschechischen Republik, S. E. Rudolf Jindrak, übernommen, der bei der Einführung am 16. Januar sehr eindrücklich die Bedeutung des Reformators für sein Land schilderte. Prof. Dr. Harald Siebenmorgen, Direktor des Badischen Landesmuseum Karlsruhe, gab den Gästen einen weiteren Einblick in das Thema Konzil.



Über das Thema „Konstanzer Konzil – Politik und Religion“ diskutierten dann unter der Moderation von Meinhard Schmidt-Degenhard, ARD, Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann, Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum 2017, Dr. Manfred Lütz, Bestseller-Autor und Mitglied der Päpstlichen Akademie, Rom, und Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz Schilling, Historiker und Luther-Biograf, ehem. Humboldt-Universität Berlin.



Staatssekretär Jürgen Walter und Prof. Christiane Lange

### TRADITIONELLES KÜNSTLERTREFFEN

Am 23. Januar trafen sich wieder rund 200 in Berlin lebende und arbeitende Künstlerinnen und Künstler mit baden-württembergischen Wurzeln zu einem Abend in der Landesvertretung. In einem Vortrag stellte die Direktorin der Staatsgalerie Stuttgart, Prof. Dr. Christiane Lange, ihre zukünftigen Projekte vor.



Ministerpräsident a. D. Matthias Platzeck,  
Botschafter Wladimir M. Grinin,  
Minister Peter Friedrich

#### „IM GLANZ DER ZAREN – DIE ROMANOWS, WÜRTTEMBERG UND EUROPA.“ – THEMENABEND ZUR GROSSEN LANDESAUSSTELLUNG IN STUTTGART

Gemeinsam mit dem Landesmuseum Württemberg fand am 4. Februar eine Begleitveranstaltung zur Großen Landesausstellung „Im Glanz der Zaren – Die Romanows, Württemberg und Europa“ statt. Eigens zu diesem Anlass wurden 12 ausgesuchte Stücke des Silbers der Königin Olga ausgestellt und Kurator Dr. Fritz Fischer führte mit einem interessanten Vortrag in das Thema ein. Unter den 292 Gästen waren Ministerpräsident a. D. Matthias Platzeck und der Botschafter der Russischen Föderation, S. E. Wladimir M. Grinin, der als Schirmherr ein Grußwort an das Publikum richtete. Musikalisch wurde die Veranstaltung vom Bell-Classic-Trio begleitet.



Fritz Fischer, Landesmuseum  
Württemberg in Stuttgart



#### BERLINALE – DIE FILMWELT ZU GAST IN DER LANDESVERTRETUNG

Traditionell finden im Rahmen der Berlinale auch Empfänge in der Landesvertretung statt. Der Einladung des Bundesverbands der Filmschaffenden folgten am 8. Februar rund 1.200 Gäste. Auch das Alumnitreffen der Filmakademie Ludwigsburg am 10. Februar erfreut sich mit rund 500 Gästen immer größerer Beliebtheit.



### „MONNEMER FASNACHT“

Partner der diesjährigen Faschnachtsveranstaltung am 19. Februar war die Dachorganisation „Karneval Kommission Mannheim“, die mit rund 100 Narren der großen Carnevalgesellschaft Feuerio e.V., des Carneval Clubs Waldhof e.V., der Carneval-Gesellschaft „Die Löwenjäger“ und der Karnevalsabteilung „die Zebbe“ unter der Führung des Sitzungspräsidenten Rolf Remmele für ein attraktives und unterhaltsames Programm sorgte.



Ca. 750 Gäste folgten der Einladung, darunter die Mannheimer Bundestagsabgeordneten Stefan Rebmann und Prof. Dr. Egon Jüttner. Anwesend waren das Prinzenpaar der Stadt Berlin, S. H. Prinz Eddie I. und Ihre Lieblichkeit Prinzessin Katharina I., sowie das Mannheimer Stadtprinzenpaar Rebecca I., Jubiläumsprinzessin der Löwenjäger, und Steffen I. vom großen Feuerio.



Saline Heilbronn. Kunstwerke der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe vor ungeöffneten Bergungskisten 1945  
(© Lynn Nicholas Collection, aus: Edsel, Robert M.: Rescuing da Vinci. Hitler and Nazis Stole Europe's Great Art. America and Allies Recovered It, Dallas 2006)

### KARLSRUHE UND DIE „MONUMENTS MEN“ – KUNSTBERGUNG IM ZWEITEN WELTKRIEG

Passend zur Debatte zur Provenienz von Kunstwerken veranstaltete die Landesvertretung am 11. März einen Themenabend. Dazu war Dr. Tessa Friederike Rosebrock, seit 2010 Provenienzforscherin an der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe, eingeladen. Sie setzte das historische Schicksal der Sammlung der Karlsruher Kunsthalle mit der Darstellung der Ereignisse in dem am 20. Februar in den Kinos angelaufenen Film „The Monuments Men – Ungewöhnliche Helden“ von George Clooney in Beziehung. Sie erklärte, warum die Staatliche Kunsthalle Karlsruhe im Zweiten Weltkrieg kaum Verluste zu verzeichnen hatte. Angefangen bei frühzeitigen Auslagerungen der Kunstwerke in unterschiedliche Bergungsorte, über deren sorgsame Überwachung während der Kriegsjahre bis hin zum Auffinden durch die Alliierten, die Verbringung der Objekte in den Central Collecting Point Wiesbaden und ihre Rückführung ins Museum. Begrüßt wurden die über 200 Zuhörerinnen und Zuhörer von Staatssekretär Jürgen Walter vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.



Susanne Kitschun, JOANA,  
Elisabeth Thalhofer

#### DIE REVOLUTION 1848/49 ZWISCHEN BERLIN UND RASTATT

Am Vorabend der Gedenkstunde auf dem Platz des 18. März und der Kranzniederlegung auf dem Friedhof der Märzgefallenen fand in der Landesvertretung ein Abend mit Vorträgen und Liedern zur Revolution 1848/49 statt. So spannte sich der Bogen zwischen Rastatt und Berlin, begleitet von Liedern aus der Revolutionszeit, die die Mannheimer Liedermacherin JOANA eindrucksvoll zum Besten gab. Rund 300 Gäste, geschmückt mit schwarz-rot-goldenen Kokarden, folgten der Einladung, mehr über die Ereignisse der Revolution 1848/49 zu erfahren.

Über „Freudenschüsse ob des errungenen Volkssieges“ und die Ereignisse in Berlin berichtete die Berliner Abgeordnete Dr. Susanne Kitschun und stellte gleichzeitig die Gedenkstätte „Friedhof der Märzgefallenen“ in Berlin-Friedrichshain vor. Das Badische Wiegenlied „Schlaf mein Kind schlaf leis, da draußen geht der Preuß“ war der Aufhänger für den Vortrag von Dr. Elisabeth Thalhofer, die die Geschehnisse in der ehemaligen markgräflichen Residenzstadt und Bundesfestung Rastatt schilderte und die dortige Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte präsentierte.



Joana bei der  
Gedenkstunde auf dem  
Platz des 18. März  
am Brandenburger Tor

#### 21. INTERNATIONALES TRICKFILM-FESTIVAL STUTTGART 2014

Das Internationale Trickfilm-Festival Stuttgart (ITFS) präsentierte am 25. März bereits vor dem eigentlichen Festivaltermin eine exklusive Auswahl der Filmhighlights von 2014. Das zahlreiche Publikum erfreute sich an brandaktuellen Animationsfilmen, witzigen Festivaltrailern und zahlreichen Deutschlandpremierer. Dominique Schuchmann von M.A.R.K.13 (Ritter Rost, Biene Maja) gab zusammen mit den beiden ITFS-Festivalleitern Dittmar Lumppe und Prof. Ulrich Wegenast einen spannenden und kurzweiligen Einblick in neue Produktionen.



© F.W. Bernstein,  
Mischtechnik, 2013

#### THADDÄUS TROLL ZUM HUNDERTSTEN – SZENEN, TEXTE & POEME

Ein Höhepunkt des diesjährigen Veranstaltungsprogrammes war der Abend anlässlich des 100. Geburtstages des verstorbenen Literaten Thaddäus Troll. Gemeinsam mit Dr. Manuela Bayer, seiner in Berlin lebenden Tochter, und dem aus Göppingen stammenden Regisseur Alfred Kirchner, einem Freund der Familie Troll, wurde aus einer Idee Realität. Am 27. März durften 450 Gäste die bekannten Schauspielerinnen Franziska Walser und Maren Kroymann sowie die Schauspieler Martin Schwab und Peter Sattmann zusammen mit Alfred Kirchner auf der Bühne erleben. Dargeboten wurde ein buntes Programm mit Gedichten, Briefen und Texten von Thaddäus Troll. Höhepunkt der Aufführung waren Auszüge aus dem Luststück „Der Entaklemmer“. Im Empfangsbereich stellte der ebenfalls aus Göppingen stammende Karikaturist und Zeichner F.W. Bernstein („Pardon“, „Titanic“) Zeichnungen von baden-württembergischen Literaten aus, unter anderen von Thaddäus Troll. Die Veranstaltung wurde unterstützt durch die Heinz und Heide Dürr Stiftung. Zu den Gästen des Abends gehörten unter anderem Heinz und Heide Dürr, Felix Huby sowie die Ehefrau von Thaddäus Troll.



Heide Dürr, Manfred Kurz, Alfred Kirchner,  
Heinz Dürr, Franziska Walser, Maren  
Kroymann, Martin Schwab, Manuela Bayer



Vertreter der Gemeinden Bad Bellingen  
und Schliengen

#### LANDSLEUTETREFFEN 2014

Alle Jahre wieder treffen sich die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger aus Berlin in der Landesvertretung. Am 28. April präsentierte sich das Markgräflerland, vertreten durch die Gemeinden Bad Bellingen und Schliengen. Begonnen mit feinstem Schinken und Weinen der Region wurden die Gaumen mit Gutedelsuppe verwöhnt, eine Spezialität im Markgräflerland. Die Gäste konnten erfahren, warum sich ein Urlaub im sogenannten „Paradiesgärtlein“ mit seinen vielen Thermalbädern lohnt und dass es ein Design-Museum der Firma Vitra im Südwesten gibt. Das durch den Landesmusikrat geförderte Jugendjazzorchester Baden-Württemberg zeigte den knapp 800 Gästen sein Können und führte musikalisch durch den Abend.



### HAUPTSTADTJOURNALISTEN ZU GAST

150 Journalistinnen und Journalisten der Bundespressekonferenz wurden von Minister Peter Friedrich am 12. Mai zum traditionellen badischen Spargelessen eingeladen. Die Repräsentanten der Spargelregion, darunter der Bundestagsabgeordnete Olav Gutting, der Schwetzingener Oberbürgermeister Dr. René Pörtl, die Oberbürgermeisterin von Bruchsal Cornelia Petzold-Schick und die Spargelkönigin aus Schwetzingen, freuten sich über ein reges Interesse an dieser Traditionsveranstaltung. Der Kabarettist Özcan Cosar zeigte „Bestes“ aus seinem aktuellen Programm und der Ulmer Musiker Jürgen Grözingen übernahm die musikalische Umrahmung. Erstmals fand ein Spargelwettbewerb statt.

Cornelia Petzold-Schick, Peter Friedrich, Kerstin Dausend, Marietta Slomka, Matthias Kamann, René Pörtl, Steen Hinz, Katharina Keller, Hermann Schmidt, Olav Gutting, Stephan Ueberbach, Gunther Hartwig, Peter Dausend, Werner Gößling, Harald Martenstein



### FRAKTIONSÜBERGREIFENDES SPARGELESSEN

Ebenfalls in der Spargelzeit fand am 19. Mai das von der Gemeinde Graben-Neudorf unterstützte Spargelessen für die baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten statt. Nach der Begrüßung durch Minister Peter Friedrich hielt Frau Dr. Ingrid Hamm einen Vortrag über die Robert Bosch Stiftung.

Spargelprinzessin Alina Demel, Spargelkönigin Sabrina Kleiber, Ingrid Hamm, Robert-Bosch-Stiftung, Spargelprinzessin Jennifer Weidelich, Bürgermeister Hans Reinwald (Graben-Neudorf), Minister Peter Friedrich, Landrat Christoph Schnaudigel (Karlsruhe), Axel Fischer, MdB





#### POESIE AUS DEN LÄNDERN: „GESTATTEN, STOLTERFOHT VS. THILL.“

In einer von den Dichtern selbst verfassten Vorankündigung zu diesem Abend hieß es: „Zur badisch-württembergischen Zerreißprobe treffen sich unter der bewährten Moderation von Michael Braun die Lyriker Hans Thill (Baden) und Ulf Stolterfoht (Württemberg), um sich gegenseitig Gedichte um die Ohren zu hauen. Abschließender Trikottausch eher unwahrscheinlich.“ Dies war es auch, was die 250 Gäste am 27. Mai zu sehen und hören bekamen. In einem einstündigen Programm debattierten die Literaten über Lyrik in Baden-Württemberg und boten das eine und andere, teils extra für diesen Abend geschriebene Gedicht dar.

Die Veranstaltung fand im Rahmen der Reihe „Poesie aus den Ländern“ statt – ein gemeinsames Projekt der Literaturwerkstatt Berlin mit den Vertretungen der Länder Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, der Freien Hansestadt Bremen, des Freistaates Bayern, des Freistaats Thüringen und der Senatskanzlei Berlin.



Sigmar Polke  
feiert mit  
Barbara Klemm  
feiert mit  
Olaf Metzel  
feiert mit  
Imi Kjaerbol  
Shoch2.de



Eine geradezu bedrohlich große Currywurst schwebt in Werner Büttners Bild „Romantischer Imperativ“ (Sammlung ZKM).

#### JUBILÄUMSAUSSTELLUNG DES ZKM

Das ZKM | Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe kann auf eine einzigartige Erfolgsgeschichte über 25 Jahre zurückblicken, in der es zu einer weltweit renommierten Kulturinstitution geworden ist. Die Ausstellung „fünfhochzwei“ von 3. Juni bis 1. Juli war daher weniger als mathematische Rechenaufgabe zu verstehen, deren Resultat die Jubiläumzahl ergibt, sondern bot anhand von ausgesuchten Werken aus den fünf Medien Malerei, Skulptur, Fotografie, Video und Zeichnung einen repräsentativen Einblick in die auf mittlerweile rund 2.500 Werke angewachsene Sammlung der Institution.

Im Rahmen der Ausstellung konnte der Vorstand des ZKM | Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe, Prof. Dr. Peter Weibel, gewonnen werden, einen Vortrag zum Thema „Infosphäre – Zur Theorie der Theotechnologie“ zu halten. Bereits seit den 1970er Jahren vertritt Peter Weibel die Auffassung, dass alle Technik Teletechnik sei und alle Teletechnik Theotechnologie, also eine Technologie, die der Beobachterperspektive des allsehenden Auge des allwissenden Gottes nachempfunden ist – eine These, die spätestens nach der Erfindung von Google Earth und dem NSA Skandal bestätigt sei.



#### BRANCHENABEND DER POPAKADEMIE BADEN-WÜRTTEMBERG

Über 270 Akteure aus allen Bereichen der Musikbranche und Gäste trafen sich am 11. September zum Branchenabend mit der Popakademie Baden-Württemberg. Insbesondere Alumni der Mannheimer Hochschuleinrichtung nutzten die Gelegenheit, um sich mit Musikern, Produzenten und Managern zu treffen. Impulse setzte die Popakademie mit einem Diskussionspanel zum Thema „Populäre Musik und Internationalisierung“. Die beiden Popakademie-Geschäftsführer Prof. Hubert Wandjo und Prof. Udo Dahmen begrüßten dazu den Präsidenten des Deutschen Kulturrates, Christian Höppner, Musikproduzent Michael Herberger, den Bundestagsabgeordneten Siegmund Ehrmann sowie Manfred Gillig von der Musikwoche. Musik gab es von den Bands Konvoy und Mine sowie von DJane Heidi van de Alm.

Udo Dahmen, Michael Herberger,  
Manfred Gillig, Christian Höppner,  
Siegmund Ehrmann



#### NACHWUCHSOLYMPIONIKEN AUS DEM LAND

Auch 2014 empfing die Landesvertretung die baden-württembergischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundesfinals von „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ in Berlin. Jeweils zwischen 100 und 200 junge Sportlerinnen und Sportler aus dem Land kämpfen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der anderen Länder um die besten Plätze. Mit einem Empfang am 23. September würdigte die Landesvertretung ihre sportlichen Leistungen.







Frank Wekenmann, Roland Baisch, Marion Caspers-Merk, Suchtpotenzial, Mademoiselle Mirabelle, Özcan Cosar, Quelle: Katja-Julia Fischer

### KLEINKUNSTPREISTRÄGER AUS BADEN-WÜRTTEMBERG

Kleinkunst – made in Baden-Württemberg lockte auch in diesem Jahr wieder viele Gäste in die Landesvertretung. Zum bereits dritten Kleinkunstabend am 14. Oktober gaben sich Roland Baisch, Mademoiselle Mirabelle und die zwei Powerfrauen von „Suchtpotenzial“ die Ehre. Durch den Abend führte der Stuttgarter Comedian Özcan Cosar. Die Künstlerinnen und Künstler sind allesamt Preisträger des Kleinkunstpreises Baden-Württemberg, jenem Preis, der von Lotto Baden-Württemberg gemeinsam mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ausgelobt wird. Nach humorvollen, rockigen und frechen Einzelauftritten trafen sich alle Künstlerinnen und Künstler für ein gemeinsames Finale auf der Bühne. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit Lotto Baden-Württemberg durchgeführt.



Suchtpotenzial, Mademoiselle Mirabelle, Frank Wekenmann, Roland Baisch, Özcan Cosar  
Quelle: Katja-Julia Fischer



Laëtitia Brasseur-Wild, Botschafterin  
Philippe Étienne und Ehefrau

### DEUTSCH-FRANZÖSISCHE AUSSTELLUNG „MENSCHEN IM KRIEG. 1914–1918 AM OBERRHEIN.“

Die erste deutsch-französische Gemeinschaftsausstellung zum Ersten Weltkrieg am Oberrhein gastierte in der Landesvertretung. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht nicht traditionelle Militärgeschichte, sondern das Leiden der gesamten Bevölkerung, der Soldaten und Zivilisten, der Gefangenen, Verletzten und Sterbenden, der Frauen und Kinder. 32 Biografien machen exemplarisch deutlich, wie der Kampf alle Lebensbereiche in Baden und dem Elsass erfasste. Zur Eröffnung am 3. November war neben zahlreichen Gästen auch der neue französische Botschafter Philippe Étienne mit seiner Ehefrau anwesend. Es sprach Jean Klinkert, Direktor der Association Départementale du Tourisme du Haut-Rhin und Vizepräsident des Comité du Monument National du Hartmannsweilerkopf. Dr. Wolfgang Zimmermann vom Landesarchiv Baden-Württemberg führte in die Ausstellung ein. Ein Pianist spielte Stücke aus der Zeit des ersten Weltkrieges von Leo Ornstein und Nikolai Medtner. Im Anschluss hatten die



Gäste Gelegenheit, sich an einer deutsch- oder französischsprachigen Führung durch die Ausstellung mit Dr. Kurt Hochstuhl, Leiter des Staatsarchivs Freiburg, und Laëtitia Brasseur-Wild, Archives départementales du Haut-Rhin, Colmar, anzuschließen.



Vertreter der prämierten württembergischen Weingüter mit Weinkönigin Theresa Ulkus, Werner Hohl, Wolfgang Reimer

#### **SPITZENWEINE AUS SÜDWEST**

Wie in den Vorjahren fand eine Weinpräsentation mit dem badischen und dem württembergischen Weinbauverband statt. Der Badische Weinbauverband war am 11. November mit seinen „Top Drei“ in den Kategorien Rot trocken, Weiß trocken und Edelsüß dabei. Der Württembergische Weinbauverband präsentierte sich wie im Vorjahr mit den zehn Gewinnern des Wettbewerbs „Bester Württemberger“ und den drei Staatsehrenpreisträgern. Ministerialdirektor Wolfgang Reimer, der württembergische Weinbaupräsident Hermann Hohl und der Geschäftsführer des badischen Weinbauverbands Wohlfarth freuten sich, ca. 500 Gäste begrüßen zu können.

#### **WOLFGANG SCHORLAU BEIM BERLINER KRIMIMARATHON**

Im Rahmen des „Berliner Krimimarathon“ las der bekannte Stuttgarter Krimiautor Wolfgang Schorlau am 19. November aus seinem neuesten Roman „Am zwölften Tag: Denglers siebter Fall“. Musikalisch begleitet wurde die Lesung von der Reutlinger Band „Blueskraft“, die seit 30 Jahren zu den besten Bluesbands Deutschlands zählt. Höhepunkt für die 300 Gäste war, als der Autor selbst zur Mundharmonika griff und gemeinsam mit der Band Songs wie „Sweet Home Chicago“ zum Besten gab.



Blueskraft mit Wolfgang Schorlau



Wolfgang Schorlau



#### ÜBERGABE DES WEIHNACHTSBAUMS DER STADT ZELL AM HARMERSBACH

Der Weihnachtsbaum für die Landesvertretung kam in diesem Jahr aus der ehemaligen Reichsstadt Zell am Harmersbach im Ortenaukreis, und zwar aus einem privaten Garten. Die vor 40 Jahren beim Bau des Hauses gepflanzte Nordmantanne war inzwischen so groß geworden, so dass sich die Familie Pristl davon trennen musste. Zur feierlichen Übergabe des Baums am 26. November ließ Bürgermeister Hans-Martin Moll die Bürgerwehr der Stadt Zell am Harmersbach, die im Gedenken an die Zugehörigkeit zu Vorderösterreich die Uniform der Kaiserjäger trägt, auf dem Vorplatz der Landesvertretung aufmarschieren, bevor er gemeinsam mit Minister Friedrich die LED-Christbaumkugeln am Weihnachtsbaum einschaltete.



© Landesarchiv  
Baden-Württemberg

#### „GESTATTEN, EXZELLENZEN.“ –

#### AUSSTELLUNG ZUR WÜRTTEMBERGISCHEN GESANDTSCHAFT IN BERLIN

Am 26. November wurde die Weihnachtsausstellung „Die Württembergischen Gesandten in Berlin“ eröffnet. Dr. Nicole Bickhoff, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, richtete den Blick zurück in die Zeit der württembergischen Gesandtschaft in Berlin, einer der Vorgängereinrichtungen der heutigen Vertretung des Landes Baden-Württemberg. Das Landesarchiv Baden-Württemberg hat mit der Aufarbeitung und Publikation der Geschichte der württembergischen Gesandtschaft in Berlin eine Lücke geschlossen. Ein erster württembergischer Gesandter in Berlin lässt sich um das Jahr 1720 nachweisen. Mit der Bildung des Norddeutschen Bundes 1866 und vor allem mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 erlebte die Gesandtschaft an der Spree einen enormen Bedeutungsschub. Die Gesandten, die am preußischen Hof akkreditiert waren, vertraten Württemberg gleichzeitig im Bundesrat. Auch nach dem Ende der Monarchie blieb das innerdeutsche Gesandtschaftswesen bestehen, bis 1934 mit der Gleichschaltung der Länder und der Abwicklung des Reichsrats die Vertretungen der Länder beim Reich aufgehoben wurden. Viele der Gesandten, zu denen so prominente Persönlichkeiten wie Friedrich Wilhelm Graf von Bismarck, Ferdinand Graf von Zeppelin oder Axel Freiherr von Varnbüler zählten, haben sich über ihre Verdienste für Königreich und Volksstaat Württemberg hinaus auch bleibende Erinnerungen in Berlin bewahrt. Bei der Ausstellungseröffnung sprach Albrecht Graf von Brandenstein-Zeppelin, Urenkel von Ferdinand Graf von Zeppelin, über seinen berühmten Vorfahren.



#### FELIX HUBYS AUTOBIOGRAPHISCHER ROMAN

Vor einem zahlreichen – nicht nur aus baden-württembergischen Landsleuten bestehenden – Publikum las der bekannte Schriftsteller Felix Huby am 10. Dezember aus seinem soeben erschienenen autobiographischen Roman „Heimatjahre“. Im Gespräch mit der Berliner SWR-Fernsehkorrespondentin Dagmar Seitzer gab der Autor interessante Einblicke in die Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre im schwäbischen Dettenhausen.



Verleger Hubert Klöpfer, Journalistin Dagmar  
Seitzer, Schriftsteller Felix Huby

## Auf diplomatischem Parkett



Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Klaus-Peter Murawski mit den Botschaftern Lateinamerikas

### BOTSCHAFTER-GESPRÄCHE

Die Vertiefung internationaler Kontakte war auch im Jahr 2014 ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der Landesvertretung. Besondere Bedeutung kam dabei den Gesprächen des Ministerpräsidenten und des Ministers mit Botschafterinnen und Botschaftern zu. Auch verschiedene ausländische Delegationen waren zu Gast, um sich über die Praxis des Föderalismus und die Rolle Baden-Württembergs zu informieren.

Am 14. Februar traf der Ministerpräsident in der Landesvertretung mit dem Diplomatischen Corps der Länder Lateinamerikas und der Karibischen Staaten zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Der Besuch des Ministerpräsidenten von Vietnam, Nguyen Tan Dung, am 14. Oktober in Baden-Württemberg wurde Mitte des Jahres in einem Gespräch des Ministers mit der vietnamesischen Botschafterin Thi Hoang Anh Nguyen in der Landesvertretung vorbereitet.

Minister Peter Friedrich mit Botschafterin Thi Hoang Anh Nguyen



### GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Die intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit Frankreich und der Schweiz am Oberrhein und am Hochrhein spiegelte sich auch in Besuchen bei der Landesvertretung wider. Am 5. Februar besuchte eine Gruppe der deutsch-schweizerischen Gesellschaft zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit die Landesvertretung. Am 8. August stattete die Regierung des Kantons Wallis in Begleitung des Botschafters der Schweiz, Tim Guldemann, der Landesvertretung einen Informationsbesuch ab. Auch bei verschiedenen Besuchen hochrangiger Vertreter Schweizerischer Institutionen in Berlin wurde die Landesvertretung von der Botschaft hinzugezogen.

Zu verschiedenen Anlässen hatte die Landesvertretung Gäste aus Frankreich: So informierten sich am 19. Mai die französischen und deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 5. deutsch-französischen Moduls in der Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes in der Landesvertretung über die Rolle Baden-Württembergs in der Verfassungspraxis. Der Präsident des Regionalrats Elsass, Philippe Richert, war

am 21. Mai Gastredner bei einer Tagung in der Landesvertretung zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung.

Darüber hinaus besuchten deutsch-französische Delegationen im Rahmen von Städtepartnerschaften die Landesvertretung: Am 4. Juni eine Delegation aus Breisach am Rhein und Neuf-Brisach unter Leitung des Breisacher Bürgermeisters Oliver Rein und seines französischen Amtskollegen Richard Alvarez und am 16. Oktober eine Delegation aus Hardt/Schwarzwald und Vandoncourt/Département Doubs unter Leitung von Bürgermeister Herbert Halder und seines französischen Amtskollegen Patrice Vernier.

### PARTNERSCHAFT MIT BURUNDI

Der Botschafter des baden-württembergischen Partnerlandes Burundi, S. E. Edouard Bizimana, hat am 9. April in der Landesvertretung das von ihm und Veronique Barindogo verfasste und jüngst erschienene Buch über Burundi vorgestellt – mit dem Titel „Burundi: Une vie à la sauvette – Savoir porter sa croix“. Am 11. September präsentierten Experten aus Burundi in der Landesvertretung ihre Pläne, erstmals fair gehandelten Kaffee aus Burundi in Deutschland auf den Markt zu bringen. Die Landesvertretung unterstützte diese Initiative mit ihrer Teilnahme an der Aktionswoche „Partnerschaftskaffee“ im Dezember, in der bei allen Terminen Fairtrade-Ökokaffee aus Burundi ausgeteilt wurde.

**FÜR ALLE  
DAS BESTE**

Lange Zeit war der Kaffeehandel in Burundi rein staatlich gelenkt. Erst seit wenigen Jahren bietet sich für Genossenschaften die Chance, ihren eigenen Kaffee zu vermarkten.

Der Kaffeegenossenschaftsverband COCOCA ist daher wichtig, um eigene Mitglieder wie „Mboneramiyango“ bei der Vermarktung und dem Export zu unterstützen.

Dieser burundische Kaffee ist nicht nur neu im Fairen Handel, sondern weist auch auf die Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi hin.

Konsumenten bekommen damit einfachen Zugang zum oftmals unbekanntem Land Burundi. Sie können mit ihrer täglichen Kaufentscheidung ein kleines Stück dazu beitragen, die Lebensbedingungen der ostafrikanischen Kleinbauern zu verbessern.



**Ernest Ndimuraro, Geschäftsführer von COCOCA überreicht Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa & internationale Angelegenheiten in Baden-Württemberg erste Proben von burundischem Kaffee aus Fairem Handel.**

„Ich freue mich für Mboneramiyango, dass sie die Chance auf eine langfristige und faire Partnerschaft mit dwp und den Kaffeeconsumenten in Baden-Württemberg erhält.“  
Ernest Ndimuraro

**Der Kaffee zur Partnerschaft Baden-Württemberg & Burundi**

Dieser Kaffee unterstützt die Partnerschaft von Baden-Württemberg mit der ostafrikanischen Republik Burundi. Weitere Informationen zu den verschiedenen Aktivitäten und Akteuren für Burundi sowie Ideen, wie auch Sie sich einbringen können, erhalten Sie bei der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg. [www.sez.de](http://www.sez.de)

**Der erste faire Kaffee aus Burundi - bald auch bio**

In einem Pilotprojekt soll das erste Bio-Produkt aus Burundi entstehen. Dabei wird die Kaffeegenossenschaft „Mboneramiyango“ durch den deutschen Bio-Anbauverband Naturland e.V. unterstützt und im ökologischen Landbau von Kaffee geschult. Weitere Genossenschaften sollen diesem Beispiel folgen.

**Fairer Handel - Faire Preise - der bewusste Konsum**

Mit dem Kauf unserer fair gehandelten Kaffees unterstützt Sie Menschen weltweit. Damit fördern Sie:

- die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kleinbauernfamilien
- gerechte Arbeitsbedingungen und neue Bildungschancen
- das Verbot von Kinderarbeit
- einen klimaschonenden und ökologischen Anbau

**Höchste Qualität - Geschmack mit Mehrwert**

Die dwp eG bietet unter ihrer Marke **WeltPartner** ein breites Sortiment in ausgesuchter Bio-Qualität an. In jedem Produkt stecken partnerschaftliches Handeln und eine transparente Handelskette. Diese schließen Projektpartner und Anbauer in Übersee, Verpacker und Abfüller der Bruderhaus-Diakonie in Ravensburg, unsere Fachhändler und Sie, als Kunden ein.



**CAFÉ DU BURUNDI**  
der besondere Kaffee zur Länderpartnerschaft

**WELT PARTNER**

**fair gehandelt**

**AMAHORO!**  
Baden-Württemberg & Burundi  
Unsere Partnerschaft

**dwp** dwp eG Fairhandels-genossenschaft  
ver Baden für D-88212 Ravensburg, [www.dwpeg.de](http://www.dwpeg.de)

**Baden-Württemberg**



## INTERNATIONALE VERANSTALTUNGEN UND BESUCHE

Der Wirtschaftsminister des mexikanischen Bundesstaates Guanajuato, Héctor López, erörterte am 5. Juni in der Landesvertretung Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg. Am 9. Oktober informierte sich eine Delegation des Ausschusses für Recht und Menschenrechte des Senats von Kenia in der Landesvertretung über die Rolle Baden-Württembergs im Bundesrat. Auch aus der Partnerregion Lombardei/Italien und aus Tansania wurden Besucher in der Landesvertretung empfangen. Vertreter der Rechtsarbeitskommission des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China waren am 15. Oktober zu Gast. Schwerpunktmäßig diskutiert wurde bei diesem Besuch das Gesetzgebungsverfahren in Baden-Württemberg und die Mitwirkung Baden-Württembergs im Bundesrat. Eine Stipen-

Delegation des Senats von Kenia mit  
Delegationsleiter Senator Amos Wako



diatengruppe des ungarischen Stipendiatenprogramms für die öffentliche Verwaltung erhielt am 22. Oktober in der Landesvertretung einen Einblick in die administrative Praxis des Landes.

Ein besonderer Kontakt der Landesvertretung zum Diplomatischen Corps in Berlin besteht darin, dass Mitglieder des Berliner Diplomatenclubs im Auswärtigen Amt „Willkommen in Berlin“ als Gäste zu speziellen Veranstaltungen der Landesvertretung eingeladen wurden. Die Initiative „Willkommen in Berlin“ engagiert sich in vielfältiger Weise für die Familien ausländischer Diplomaten in Berlin.

Auch junge ausländische Diplomaten, die im Rahmen des „Diplomatenkollegs“ des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) eine ergänzende Ausbildung erhalten, haben in diesem Jahr wieder die Landesvertretung besucht.

Die Botschaft von Uruguay präsentierte am 3. September in der Landesvertretung die neuen Werke des uruguayischen Künstlers Daniel Tomasini, der in diesem Sommer im Rahmen eines Gastaufenthalts im Südschwarzwald – in Bernau/Landkreis Waldshut – verschiedene Bilder gemalt hatte, die den Schwarzwald als Motiv haben.

Am 28. November tagte die Deutsche Gesellschaft für die Afrikanischen Staaten portugiesischer Sprache (DASP) unter Leitung ihres Präsidenten Prof. Dr. Helmut Siepman in der Landesvertretung – mit einer Einladung an alle Botschafterinnen und Botschafter der portugiesischsprachigen Länder. Die polnische Botschaft lud am 2. Dezember zu einem Weihnachtstreff polnischer und deutscher Wirtschaftsvertreter in die Landesvertretung ein.

**„DONAUSALON“ – SLOWAKISCHE BOTSCHAFT UND LANDESVERTRETUNG  
LUDEN GEMEINSAM EIN**

Lichtstimmung im Blau der Donau



Nach dem letztjährigen Erfolg veranstalteten 2014 die in der Nachbarschaft gelegene Slowakische Botschaft und die Landesvertretung in Kooperation mit den Donauanrainern und Mitgliedern der Donaustrategie am 5. März den 2. Donausalon unter dem Motto „Wissenschaft und Bildung – Motoren für Prosperität im Donauraum“. Nach einem Vorempfang in der slowakischen Botschaft fand in der Landesvertretung eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Daniela Schily statt. Auf dem Podium diskutierten Dr. Ivo Nesrovnal, Abgeordneter des Stadtparlaments Bratislava und der Region Bratislava, Dragica Karajić, Koordinatorin im kroatischen Wirtschafts- und Handelsministerium, Gazmend Turdiu, Leiter des RCC Expert Pool in Sarajewo, Barbara Weitgruber, Sektionschefin im österreichischen Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Susanne Burger, Leiterin der Unterabteilung Europa im deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung, und Aleksandar Ivkovic, Gesandter und Leiter der Wirtschaftsabteilung der Serbischen Botschaft in Berlin. Grußworte sprachen Dr. Štefan Chudoba, Staatssekretär des slowakischen Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Technologie, und Rolf Schumacher, Ministerialdirektor im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft. Vor dem Hintergrund der EU-Donauraumstrategie hatten alle beteiligten Donauanrainer-Länder Gelegenheit, sich einem großen Publikum zu präsentieren. Die ca. 400 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Tourismus, Diplomatie und Medien konnten sich an den attraktiven Ständen der beteiligten Länder und Donauorganisationen von den vielfältigen Genüssen und Sehenswürdigkeiten des Donauraums überzeugen.

Die musikalische Umrahmung übernahm ein Jazzensemble mit sieben Musikern aus sieben Donauländern. Auch im kommenden Jahr soll der Donausalon wieder Anfang März anlässlich der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) stattfinden – dann in Zusammenarbeit mit der Botschaft von Rumänien.



Hermann Gundert  
(Bildrecht: Albrecht Frenz)

#### VERANSTALTUNG MIT DER INDISCHEN BOTSCHAFT ZU HERMANN GUNDEERT

In diesem Jahr wäre Hermann Gundert (\* 1814 in Stuttgart, † 1893 in Calw) 200 Jahre alt geworden. Anlass für die Landesvertretung, in Kooperation mit der Indischen Botschaft Berlin zu einem gemeinsamen Festakt am 13. November in beiden Häusern einzuladen. Der gelehrte Großvater von Hermann Hesse ist in Schwaben aufgewachsen und verbrachte über 20 Jahre als Missionar an der Westküste Südindiens im Bundesstaat Kerala. Gundert ist in Südindien bekannter als in seinem Heimatland, in das er 1860 zurückkehrte und in dem er die letzten 30 Jahre seines Lebens in Calw verbrachte. Mit seinem heute noch in Kerala verwendeten Wörterbuch und einer Grammatik der südindischen Sprache Malayalam schuf Gundert auf Generationen ein gewichtiges sprachwissenschaftliches Werk. Es wurde zur Grundlage für die literarische und kulturelle Identität von über 20 Millionen Menschen an der Malabar-Küste und verschaffte Gundert den Beinamen „Luther von Malabar“.

Nicht nur über Hermann Gundert mit Wirkungskreis in Südindien oder die Berliner Nachbarschaft der beiden Häuser lassen sich Brücken schlagen – in den nächsten Jahren ist eine Regionenpartnerschaft Baden-Württembergs mit Maharashtra (Bundesstaat um Mumbai) geplant.

In Anwesenheit des Oberbürgermeisters der „Hermann-Hesse-Stadt“ Calw, Ralf Eggert, wurde die Ausstellung „Hermann Hesses gelehrter Großvater Hermann Gundert“ im Foyer der Indischen Botschaft eröffnet. Der Indische Botschafter S. E. Vijay Keshav Gokhale brachte vor rund 300 Gästen seine Freude über die Kooperation der beiden benachbarten Häuser in der Tiergartenstraße zum Ausdruck. Felicitas Hartmann, Leiterin der Städtischen Museen Calws, kuratierte die Schau und hielt an diesem Abend den Festvortrag über die enge Beziehung Hermann Hesses zu seinem Großvater. Originale Manuskripte und Notizhefte, die Gundert als Vorlage für die Malayalam-Grammatik und das Wörterbuch in Indien anfertigte, sowie wertvolle Palmblatthandschriften waren Teil der Ausstellung. Die Exponate stammten aus dem Hermann-Hesse-Museum Calw und der Universitätsbibliothek Tübingen, die den Nachlass Gunderts verwahrt.

Im Anschluss an die Ausstellungseröffnung in der Indischen Botschaft waren die Gäste zu einem Empfang in der Landesvertretung geladen, bei dem zu „Maultaschen Indischer Art“ zwei Musiker klassische indische Musik mit Sitar und Tabla darboten.



Indrajit Roy Chowdhury an der Sitar  
und Sanjib Pal an der Tabla





## Ein offenes Haus für Alle



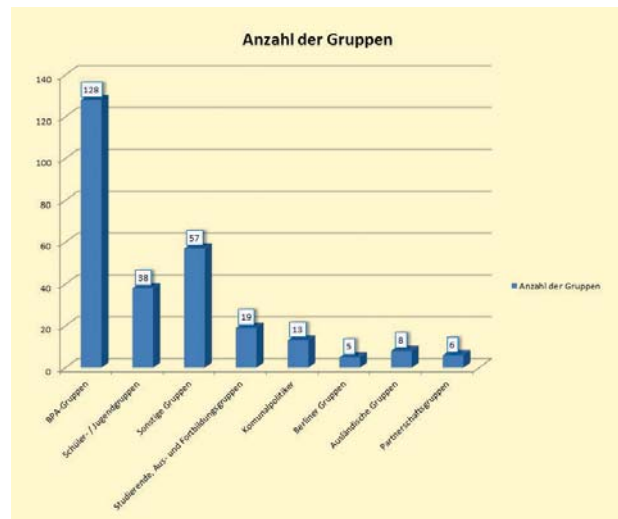
baden-württembergische Trachtenjugend



Jugendliche des „Middle East Theatre Projects“ aus Israel, Palästina, den USA und Deutschland mit Georg Friedrich Prinz von Preußen

Viele Gäste besuchen die Landesvertretung gemeinsam in einer Gruppe. In diesem Jahr waren es ca. 11.000 Personen in rund 275 Besuchergruppen. Bei ihrem Besuch werden die Gäste über die Aufgaben und Arbeit der Landesvertretung sowie das politische Geschehen in der Bundeshauptstadt informiert. Ein siebenminütiger Film gibt eine übersichtliche Einführung ins Thema. Es werden Getränke und Butterbrezeln oder ein kleiner Imbiss angeboten. Meist erfolgt zum Abschluss ein Eintrag ins Gästebuch und ein Gruppenbild vor der Landesvertretung.

Politisch Interessierte, organisiert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA), besuchen auf Einladung der baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten im Rahmen der Informationsfahrt in die Bundeshauptstadt regelmäßig „ihre“ Landesvertretung. Auch darüber hinaus kommen Besuchergruppen in die Landesvertretung. Beispiele sind Kommunalpolitikerinnen und -politiker, etwa Bürgermeister mit ihren Gemeinderäten und Landräte, Fachleute wie Finanzbeamte, Leserinnen und Leser regionaler Zeitungen, Schulklassen verschiedener Jahrgangsstufen und Schularten, Studenten und Jugendgruppen, Hörerinnen und Hörer von Volkshochschulen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Berlin-Seminaren von Verbänden, Vereinen, Musikkapellen, Jahrgangsguppen, internationalen Freundschaftsgruppen. Meist stammen die Besuchergruppen aus Baden-Württemberg, aber auch aus Berlin und aus aller Welt über die Bundesregierung, den Bundesrat, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder das Goethe-Institut.



## Zimmer mit Aussicht am Tiergarten

Auf der dritten Etage unterhält die Landesvertretung ein Gästehaus mit 14 Einzel- und 11 Doppelzimmern. 2013 wurden 3.524 Zimmer belegt, was einer Auslastung von 40 % entspricht. Für das Jahr 2014 liegt die Belegung bei 4.406 Zimmern, womit die Auslastung auf 45 % gesteigert werden konnte.

Die Auslastung des Gästehauses und das Betriebsergebnis sind für die Landesvertretung wichtig. Flyer und Visitenkarten dienen als Werbemittel und alle Dienststellen des Landes wurden auf die Übernachtungsmöglichkeit hingewiesen. Das Gästehaus blieb auch in den Sommer- und Winterferien geöffnet und für belegungsarme Zeiten wurden Sonderpreise angeboten.



## Innenleben

### ZEPPELIN IN DER LANDESVERTRETUNG

Die Landesvertretung ist, so Minister Friedrich, ein Ort der Begegnung, an dem Baden-Württemberg erlebbar werden soll. Seit diesem Jahr widmet die Landesvertretung einen Raum der Erinnerung an den Luftfahrt-Pionier Ferdinand Graf Zeppelin, dem Baden-Württemberg auch als Industrieland vieles zu verdanken hat. Graf Zeppelin war ab 1887 Leiter der Gesandtschaft des Königreichs Württemberg in Berlin, einer Vorgängereinrichtung der Landesvertretung am Tiergarten.

Minister Peter Friedrich begrüßte zur feierlichen Eröffnung am 21. Mai rund 60 Gäste, unter Ihnen Constantin von Brandenstein-Zeppelin, einen Urenkel des Grafen, und den Vorsitzenden der Zeppelin-Stiftung, Oberbürgermeister Andreas Brand. Zugegen waren die Bundstagsabgeordneten Martin Gerster, Thomas Bareiß und Lothar Riebsamen und eine Bürgermeisterdelegation aus dem Bodenseekreis unter Leitung von Landrat Lothar Wölfl.



Urenkel Constantin von Brandenstein-Zeppelin und Minister Peter Friedrich bei der feierlichen Eröffnung des „Zeppelin“



An den Wänden des Raums finden sich 61 vom Zeppelin-Archiv Friedrichshafen zur Verfügung gestellte historische Schwarz-Weiß-Fotografien, die die Luftschiffe, ihre Besuche in fernen Ländern und das Bordleben zeigen. In den Vitrinen sind Leihgaben des Zeppelin-Museums wie Exemplare der zahllosen Zeppelin-Literatur, Werkzeuge, Trägerelemente, Original-Porzellan ausgestellt. Fahrpläne, Speisekarten und technische Dokumente sind faksimiliert. Aus Familienbesitz der Familie Krauth in Bühl/Baden stammen drei mit Zeppelin aus den USA beförderte Postkarten. Mit zwei Werbegrafiken wird ein weiterer Bezug zum deutschen Südwesten vorgestellt: Anlass war eine Havarie vom 17. Oktober 1928, bei der ein Sturm ein Loch in die Luftschiffhülle gerissen hatte. Mit acht eigentlich für die Kabinen vorgesehenen Kamelhaardecken der Firma Gebr. Zoeppritz aus Mergelstetten (Württemberg) wurde der Schaden provisorisch behoben und die Fahrt konnte fortgesetzt werden.

Abgerundet wird die Ausstellung durch Stücke, die die Aktualität des „Mythos Zeppelin“ auch heute noch unterstreichen: Vinyl-Schallplatten und CDs der Pop-Gruppe Led Zeppelin, Tabakdosen, Weinflaschen und Briefmarken, Luftschiffmodelle und vieles mehr. Unser Dank gilt hier dem Steigenberger Hotel Graf Zeppelin, dem Zeppelin-Gymnasium Stuttgart und der Zeppelin-Universität Friedrichshafen. Weitere Memorabilien sind willkommen!



Hospitant in der politischen Abteilung beim Besuch im Bundestag

### „LEBENDIGES LEITBILD“

Seit 2012 orientiert sich die Landesvertretung für ihre Arbeit an einem Leitbild. Dazu veranstaltete die Landesvertretung zu Beginn des Jahres 2014 in Zusammenarbeit mit der Führungsakademie Baden-Württemberg einen Workshop. Damit sollten Leitsätze zu einem „Lebendigen Leitbild“ für die Landesvertretung entwickelt werden. Mit Maßnahmen wie referatsübergreifenden Inhouse-Hospitationen, neuen Besprechungsformaten, Moderationen durch externe Berater und außerbetrieblichen Begegnungen wurden im laufenden Jahr durch eine Begleitgruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Leitsätze mit Leben gefüllt.

### MITEINANDER ARBEITEN

Am 5./6. September lud Bundespräsident Joachim Gauck zum Bürgerfest in den Park und das Schloss Bellevue in Berlin. Dabei wurden vor allem Bürgerinnen und Bürger, die sich in besonderer Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht haben, gewürdigt. Erstmals hat sich bei diesem Fest auch das Land Baden-Württemberg mit exzellenten Speisen und erstklassigen Weinen präsentiert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung unterstützten dabei tatkräftig die Kolleginnen und Kollegen des Staatsministeriums.







#### BERLIN – STUTTGART – BRÜSSEL

Seit dem Frühjahr 2014 ist die Landesvertretung mit Videokonferenztechnologie ausgestattet, die regelmäßig und mit wachsender Nachfrage zum Einsatz kommt. Dadurch erlangte die Landesvertretung eine neue und komfortablere Qualität der Kommunikation mit dem Staatsministerium, den Ressorts und der Landesvertretung in Brüssel. Sie trägt auch zu einem nicht unwesentlichen Teil zur Reduzierung von Dienstreisen und damit zur Entlastung der Umwelt bei.

Des Weiteren wurden alle Beauftragten der Landesvertretungen mit Tabletcomputern ausgestattet. Somit sind die Beauftragten an ihren unterschiedlichen Einsatzorten wie Bundesrat, Bundestag, ihren Ressorts, der Landesvertretung und nicht zuletzt während ihrer Dienstreisen mit dem E-Mailsystem des Landes verbunden und können zeitnah und flexibel Informationen verarbeiten, versenden und empfangen. Die dadurch effektiveren Kommunikationsmöglichkeiten werden von den Beauftragten der Landesvertretung durchweg positiv gesehen.



#### AUSBILDUNGSBETRIEB LANDESVERTRETUNG

Die Landesvertretung bietet zur gastronomischen Begleitung des umfangreichen Veranstaltungsbetriebes eine Küche der gehobenen Klasse mit traditionellen und modernen baden-württembergischen Spezialitäten. Der Gastronomiebetrieb wird dabei ergänzt von vier Auszubildenden für die Berufe Köchin/Koch und Hotelfachfrau/Hotelfachmann.

Auch in diesem Jahr hat ein Auszubildender für den Ausbildungsberuf Koch seine dreijährige Ausbildung in der Landesvertretung erfolgreich abgeschlossen. Es ist der Landesvertretung gelungen, diesen Ausbildungsplatz wieder mit einem neuen Bewerber zu besetzen.

Unsere beiden Auszubildenden für den Ausbildungsberuf Hotelfachfrau wurden von der IHK wegen ihren hervorragenden Leistungen bereits vorzeitig zur Abschlussprüfung im Frühjahr 2015 zugelassen.



### **BEGEHRTE PRAKTIKA**

Die Landesvertretung bietet Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Stipendiaten, Beamtenanwärtern und -anwärterinnen sowie Rechtsreferendaren und -referendarinnen durch ein Praktikum Einblicke in die verschiedenen Tätigkeitsbereiche des Hauses. Im Jahr 2014 waren insgesamt 35 Praktikantinnen und Praktikanten aus Bulgarien, Deutschland und Ungarn zu Gast.

Beim selbst gestalteten Sommerprogramm besuchten die Praktikanten in diesem Jahr das Auswärtige Amt, das Bundesverteidigungsministerium, das ARD-Hauptstadtstudio und den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestags.

Erstmals in diesem Jahr war die Landesvertretung auch Station eines zweijährigen „Europatrainees“ des Staatsministeriums.



### **ÜDVÖZÖLJÜK – HERZLICH WILLKOMMEN**

Im Rahmen des ungarischen Stipendiatenprogramms der öffentlichen Verwaltung absolvieren angehende Beamte aus Ungarn in verschiedenen Institutionen in Deutschland ein Auslandspraktikum. In diesem Jahr begrüßte die Landesvertretung Herrn Bosák aus Ungarn. Weitere ungarische Verwaltungsstipendiaten, welche in Berlin und Potsdam ihr Praktikum ableisten, wurden bei einer Veranstaltung in der Landesvertretung über Baden-Württemberg informiert.

### **GESUND AM ARBEITPLATZ**

Für die betriebliche Gesundheitsförderung wichtig ist dauerhaftes Engagement von allen Seiten. Daher stand die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in diesem Jahr im Fokus der Landesvertretung als Arbeitgeber. Sportliche Betätigung gab es insbesondere in einer Laufgruppe beim Berliner Staffellauf. Darüber hinaus wurde der im vergangenen Jahr begonnene Yogakurs um das Angebot von Rückenschule, Pilates und Entspannungsworkshop erweitert. Ende des Jahres fand noch ein Fitness-Check mit Beratung statt.





**UMWELTFREUNDLICHE DIENSTFAHRZEUGE**

Seit Juni 2014 setzt die Landesvertretung für die Regierungsmitglieder den neuen S 300 BlueTEC HYBRID der Firma Daimler ein. Das neue Modell besitzt die Energieeffizienzklasse A+, benötigt laut kombiniertem Normverbrauch lediglich 4,4 Liter Diesel auf 100 Kilometer und hat eine CO<sub>2</sub>-Emission von nur 115 g/km. Dieses Fahrzeug erfüllt damit die Vorgaben der Landesregierung und ergänzt die Fahrzeugflotte der Landesvertretung, bestehend aus E-Smart und Wasserstofffahrzeugen.



**AUS DEM GÄSTEBUCH**

Besucherinnen und Besucher der Landesvertretung haben die Möglichkeit, sich in das Gästebuch der Landesvertretung einzutragen. Einige Eintragungen möchten wir hier präsentieren.

#### LESERSTIMMEN ZUM ERSTEN „BERLINER JOURNAL“

... für die Übersendung des „Berliner Journals“ mit einem Blick auf die Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in Berlin im Jahre 2013 danke ich Ihnen sehr. Sie haben mir damit eine besondere Freude gemacht. Bei der Lektüre der Streiflichter aus Ihrer Arbeit sind mir viele schöne Erinnerungen aus meiner Tätigkeit in Bonn lebendig geworden. Für mich ist diese Zeit unvergessen.

... Die Landesvertretung hat sich seit „meiner“ Zeit prächtig entwickelt – das zeigt gerade auch das „Berliner Journal“. Eine wirklich hervorragende Informationsschrift, zu der ich Sie beglückwünsche.

... vielen Dank für das prompt eingelöste Versprechen. Ich hab's heute gleich studiert und festgestellt, dass die Landesvertretung mehr oder weniger unverändert (seit 1989) funktioniert. Das Konzept stimmt also!

... herzlichen Dank für die Übersendung des Journals. Da ich immer noch einen „Koffer“ in der Landesvertretung stehen habe, kommen mir bei der Lektüre sogleich heimatische Gefühle. Gerne besuche ich die Vertretung, wenn ich mal wieder in Berlin bin.

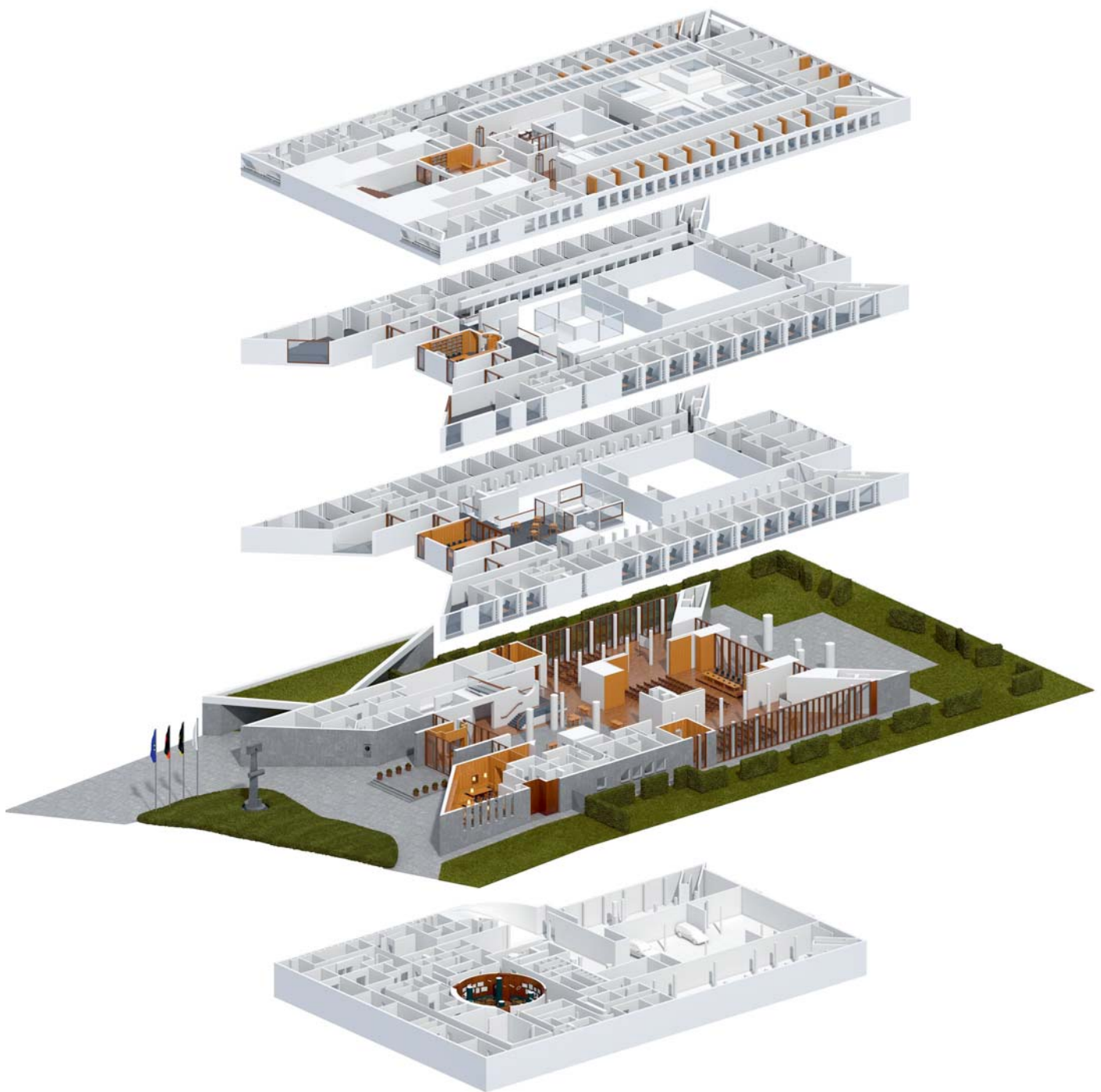
... besten Dank. Die Broschüre der Landesvertretung ist bei mir angekommen. Gut gemacht mit schönen Bildern.

... ich bedanke mich für die Übersendung des „Berliner Journals“, das in moderner Weise über die vielfältigen Ereignisse der Landesvertretung im Jahre 2013 informiert. Ich hoffe, dass daraus eine permanente Reihe wird.

  
„Gestatten, Baden-Württemberg.“  
Landesvertretung in Berlin.“

# 3D-Stockwerksaufschnitt des Gebäudes der Landesvertretung

(Philipp Datz)



Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund  
Tiergartenstraße 15 . 10785 Berlin . Telefon 030 25456-0 . Telefax 030 25456-499  
poststelle@lvtberlin.bwl.de . www.lvtberlin.baden-wuerttemberg.de

Bilder: © Landesvertretung Baden-Württemberg Berlin  
bzw. Nachweis beim jeweiligen Bild.  
Bild Titelseite: © Andreas Klein

Grafische Umsetzung: Margarethe Hausstätter, ExtraGestaltung, Berlin  
Bildbearbeitung & Herstellung: hausstätter herstellung berlin

Das „Berliner Journal“ liegt auch in digitaler Form als E-Book vor,  
das über unsere Website verfügbar ist.



Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund  
Tiergartenstraße 15 · 10785 Berlin · Telefon 030 25456-0 · Telefax 030 25456-499  
poststelle@lvtberlin.bwl.de · www.lvtberlin.baden-wuerttemberg.de



**Baden-Württemberg**  
VERTRETUNG DES LANDES BEIM BUND